

Klaus Steinitz

**Erfahrungen aus dem Realsozialismus
und Überlegungen für
sozialistische Neuansätze**



Klaus Steinitz

Erfahrungen aus dem Realsozialismus und Überlegungen für sozialistische Neuansätze

Inhalt

1. Wozu eine Analyse der widersprüchlichen Entwicklung des Realsozialismus in Europa?
2. Wichtige Erfahrungen aus dem Realsozialismus in Europa
3. Exkurs zu wichtigen Erfahrungen der DDR in zwei Bereichen: Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und Neues Ökonomisches System des Sozialismus
4. Schlussfolgerungen für eine sozialistische Perspektive im 21. Jahrhundert

Berlin, März 2009

1. Wozu eine Analyse der widersprüchlichen Entwicklung des Realsozialismus in Europa?

Die kritische Analyse der widersprüchlichen Entwicklung des Realsozialismus im 20. Jahrhundert ist für eine konstruktive Debatte um sozialistische Neuansätze im 21. Jahrhundert unverzichtbar

Der uruguayische Publizist Raul Zibechi äußerte in einem Interview: „Was den Sozialismus des 21. Jahrhunderts betrifft, müsste man doch zuerst einmal Bilanz ziehen über den realen Sozialismus, die enormen Fehler analysieren, die begangen wurden, und dann eine Debatte darüber führen, was wir heute unter Sozialismus verstehen.“ Genau dies ist das Anliegen dieses Beitrages. Es erscheint mir dafür besonders wichtig, sich mit der *widersprüchlichen* Realität, der *Differenziertheit der Vergangenheit*, mit den *grundlegenden Defiziten und Fehlentwicklungen auf der einen, aber ebenso mit den bleibenden wertvollen Leistungen und Erfahrungen auf der anderen Seite auseinanderzusetzen*. Ich will versuchen, dies an einigen Fragen deutlich zu machen, die in den Debatten unter den Linken eine Rolle spielen.

Die Zeit nach dem Untergang des Realsozialismus in Europa oder seit dem Ende der Systemkonfrontation 1990/91 wird durch zwei grundlegende Tendenzen charakterisiert, die in der gegenwärtigen umfassenden Krise des Finanzmarktkapitalismus ihre vorläufige Kulmination erfahren: zum einen die Zuspitzung aller relevanten gesellschaftlichen Probleme, Widersprüche und Konflikte und zum anderen die Unfähigkeit der Herrschenden aber auch der Linken, Wege zu ihrer grundsätzlichen Lösung zu gehen.

Neue Herausforderungen für Alternativen erwachsen im 21. Jahrhundert aus der revolutionären Entwicklung der Produktivkräfte, den Bedrohungen der Umwelt und insbesondere des Klimas, aus der zunehmenden Polarisierung und Ungerechtigkeit der Verteilung der Einkommen und der Lebensbedingungen in den kapitalistischen Staaten und im globalen Maßstab zwischen Nord und Süd, aus der ungerechten Weltwirtschaftsordnung sowie aus der Dominanz und der krisenhaften Entwicklung der Finanzmärkte. Große Unsicherheiten und Gefahren äußern sich darin, dass nach der Überwindung der Systemkonfrontation und des Kalten Krieges die Bedrohung durch neue Kriege nicht geringer geworden ist, die Anzahl kriegerischer Auseinandersetzungen sogar

zugenommen hat. Die zerstörerischen Wirkungen der Rüstungsproduktion und des Exports von Rüstungsgütern haben sich in den letzten Jahren immer mehr erhöht.

Je größer einerseits diese neuen Herausforderungen sind und je tiefer und umfassender andererseits die Wertvernichtungen und Erschütterungen der gegenwärtig größten Krise seit dem Ende des II. Weltkrieges, desto klarer wird: *das kapitalistische System ist nicht zukunftsfähig*. Fragen einer *Alternative zum Kapitalismus stehen wieder auf der Tagesordnung*. Damit gewinnt auch der öffentliche Diskurs über Kriterien, Eigenschaften und Funktionsweise einer sozialistischen Alternative im jetzigen 21. Jahrhundert an gesellschaftlicher Bedeutung.

Besonders deutlich wird dies in der Zunahme der Widersprüchlichkeit und in der Zuspitzung der Konflikte aller wesentlichen Entwicklungsprozesse:

- *Produktivkraftrevolution*: Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnik, Gentechnik, Nanotechnik u.a. schaffen neue Möglichkeiten, auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts im Interesse eines sicheren, menschenwürdigen Lebens für alle Bewohner der Erde zu antworten. Die Realität ist jedoch: neue, menscheitsbedrohende, zerstörerische Vernichtungswaffen werden entwickelt, für die riesige und rasant zunehmende Ressourcen eingesetzt werden (jährlich über 1200 Mrd. Dollar, mehr als das 10fache der weltweiten Entwicklungshilfe), die Naturschätze der Erde werden rücksichtslos ausgeplündert, die Bedrohungen einer Klimakatastrophe nehmen zu, negative Tendenzen des Konsumverhaltens breiten sich aus (Beispiele: Kinder: Fernsehen und Internet versus Lesen, Luxuskonsum einer kleinen Minderheit und zunehmende Armut);
- *Wachstum*: Der gesellschaftliche Reichtums nimmt zu, die Potenziale zur Lösung der sozialen und ökologischen Problemen werden größer, aber die Realität eines unkontrollierten auf höchste Profite gerichteten Wachstums ist: Zerstörung der Natur, Zunahme sozialer Ungleichheit, Armut und Hunger, Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Nutzung der Naturressourcen zwischen Industrieländern und den Länder der „Dritten Welt“ werden ständig reproduziert ;
- *Steigerung der Arbeitsproduktivität*: Die Spielräume für die Senkung der Arbeitszeit und die Verbesserung der sozialen Sicherheit werden größer; die reale Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist entgegengesetzt: Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit, und der Lebensarbeitszeit durch Rentenbeginn mit 67 Jahren bei gleichzeitiger Zunahme der „überflüssigen“ Arbeitskraft, der Massenarbeitslosigkeit, Abbau der sozialen Sicherheit und des Sozialstaats;
- *Neue Möglichkeiten der Internationalisierung der Wirtschaft, einer internationalen*

Arbeitsteilung und Zusammenarbeit im Interesse der Menschen, der Überwindung von Raum und Zeit durch moderne Kommunikations- und Transportmittel; aber die reale Entwicklung der neoliberalen kapitalistischen Globalisierung ist dem entgegengesetzt: Zunahme globaler Ungleichheit und der Nord-Süd Polarisierung, Herrschaft der Finanzmärkte und transnationalen Konzerne, finanzmarktgetriebene Regulierung der Wirtschaft im Interesse maximaler Renditen, gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit und die Erfordernisse der Zukunft.

Dies wird insbesondere in der gegenwärtigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich, die als umfassende, zerstörerische Systemkrise des Finanzmarktkapitalismus und des neoliberalen Entwicklungstyps charakterisiert werden kann. Die Widersprüche und Konflikte spitzen sich zu. Die Kluft zwischen den Entwicklungserfordernissen und den neuen Herausforderungen auf der einen Seite und der realen Entwicklung der kapitalistischen Welt auf der anderen wird immer größer.

Hieraus können einige wichtige Schlussfolgerung abgeleitet werden:

Erstens: Die grundlegenden Probleme des 21. Jahrhunderts, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherheit für alle, Erhaltung der natürlichen Umwelt für die nachfolgenden Generationen, Verhütung einer Klimakatastrophe, Überwindung der Nord-Süd-Polarisation und der ungerechten, unsolidarischen Weltwirtschaftsordnung *erfordern eine Systemalternative zum Kapitalismus*. Entgegen dem Wort von Fukuyama, mit der bürgerlichen Gesellschaft sei das Ende der Geschichte erreicht, muss es heißen: Der Kapitalismus kann und darf nicht das letzte Wort der Geschichte sein.

Das heißt aber nicht, dass der Kapitalismus infolge der Verschärfung und Zuspitzung seiner Widersprüche in der gegenwärtigen Jahrhundertkrise aus sich selbst heraus zusammenbricht. Er hat bisher immer Formen und Wege gefunden, sich den veränderten Bedingungen anzupassen. Eine Transformation in Richtung einer sozialistischen Systemalternative kann nur durch die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und harte politische und soziale Kämpfe eingeleitet werden. Dies galt für die Vergangenheit und ist ebenso gültig für die Gegenwart und Zukunft.

Zweitens: Alternative zum Kapitalismus bedeutet nicht eine einfache Negation seiner Errungenschaften bzw. eine absolute Entgegensetzung des Sozialismus zur kapitalistisch bürgerlichen Gesellschaft. Vielmehr geht es um das Anknüpfen nicht nur an die wissenschaftlich-technischen, sondern auch an andere zivilisatorische Ergebnisse, insbesondere an demokratische und Freiheits-

rechte dieser Gesellschaft. Es gilt, sie entsprechend den Zielen einer demokratischen, gerechten, freiheitlich-emanzipatorischen und zukunftsfähigen menschlichen Gesellschaft und in Übereinstimmung mit den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts zu einem höheren Niveau weiterzuentwickeln. Hierin besteht die grundlegende Herausforderung an eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus.

Drittens: Veränderungen in den Eigentums- und Machtstrukturen bleiben auch für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zentral. Sie haben, wie auch die gegenwärtige Krise wieder einmal bestätigte, nicht an Aktualität und Bedeutung verloren. Sie sind aber nicht das eigentliche Ziel des Sozialismus, sondern vielmehr *notwendige Bedingungen, um die Ziele und Kriterien einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen.*

Zwei Fragen stehen bei der weiteren Diskussion um eine Alternative zum Kapitalismus im Vordergrund:

Wodurch und inwiefern würde eine alternative sozialistische Gesellschaft Voraussetzungen schaffen, um die gegenwärtigen tiefen sozialen, ökologischen und ökonomischen Konflikte und Widersprüche sowie die die Menschheit gefährdenden Entwicklungstendenzen, die sich aus dem Wesen des Kapitalismus ergeben, grundsätzlich zu lösen? Mit einem solchen Diskurs müsste auch überzeugend begründet werden, dass eine sozialistische Systemalternative nicht die Wunschvorstellung einer Minderheit in der Gesellschaft ist, sondern sich aus den objektiven Strukturen, Widersprüchen und Konflikten der kapitalistischen Welt ergibt und den Interessen der Bevölkerungsmehrheit entspricht.

Worin würde sich ein demokratischer Sozialismus des 21. Jahrhunderts grundsätzlich vom gescheiterten Realsozialismus des 20. Jahrhunderts unterscheiden? Zur Beantwortung dieser Frage müssen die konkreten Anforderungen und Kriterien bestimmt werden, die der Gestaltung und Entwicklung eines demokratischen, emanzipatorischen und zukunftsorientierten Sozialismus zugrunde gelegt werden sollen. Es geht um einen Sozialismus, in dem auf der Grundlage einer hohen Innovationsfähigkeit, Effizienz und Produktivitätsdynamik die sozialen und Freiheitsrechte gleichzeitig und gleichrangig verwirklicht und den ökologischen Erfordernissen umfassend und nachhaltig Rechnung getragen werden kann. Eine sozialistische Alternative muss die Voraussetzungen für eine friedliche Lösung von Konflikten, für die Erhaltung der Umwelt, für die Überwindung von Armut, Unterentwicklung und der Ausgrenzung von Millionen Menschen von der Arbeit und dem gesellschaftlichen Leben sowie

für eine umfassende Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens einschließlich der Wirtschaft schaffen.

Dabei sollten wir uns jedoch stets bewusst sein, dass zwischen diesen differenzierten Anforderungen an eine sozialistische Gesellschaft vielfältige, komplizierte und widersprüchliche Spannungsverhältnisse bestehen und Konflikte auftreten können. Dies betrifft z.B. die Beziehungen zwischen hoher ökonomischer Dynamik auf der einen und den Umwelterfordernissen auf der anderen Seite, zwischen der gesellschaftlichen Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung auf der einen und der Nutzung der Marktmechanismen auf der anderen Seite, zwischen Gleichheit auf der einen und der ökonomischen Motivation zu hoher Innovativität und Effizienz auf der anderen Seite.

In einem sozialistischen Transformationsprozess muss das ständige, transparente Bemühen um die wirksamere Gestaltung dieser Beziehungen zu einem wichtigen Charakteristikum werden. Es werden dabei Kompromisse notwendig sein. Auch Rückschläge werden nicht zu vermeiden sein, aus denen jedoch für neue, bessere Lösungen gelernt werden kann. In diesem Sinne wird es auch keinen idealen Endzustand einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft geben.

Vielmehr geht es um einen komplizierten, widerspruchsvollen offenen Lernprozess, in dem neue Probleme auftreten und stets nach neuen, besseren Lösungen gesucht wird.

In der „Deutschen Ideologie“ schreibt Marx über die neue Gesellschaft: „Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach sich die Wirklichkeit zu richten haben (wird). Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.“

Die sozialistische Linke steht vor einem großen Problem und Widerspruch: *Unser Wissen darüber was nicht geht, ist umfassender und aus konkreten Erfahrungen besser begründet als unsere Kenntnisse darüber, wie die Grundprobleme und entscheidenden Widersprüche der gegenwärtigen Welt zu lösen sind.*

In einer Rede am 17. November 2005 an der Universität Havanna stellte Fidel Castro fest: „... dass unter den vielen Fehlern, die wir alle gemacht haben, der bedeutendste Fehler war zu glauben, dass irgendjemand etwas vom Sozialismus verstand oder dass jemand wusste, wie der Sozialismus aufgebaut wird.“ In Kuba findet seit einiger Zeit eine öffentliche Debatte über Irrtümer und Fehlentwicklungen sowie über notwendige gesellschaftliche Veränderungen und

tiefgreifende Reformen statt. Ihre Ergebnisse werden auch über Kuba hinaus von Bedeutung für den Meinungsaustausch über einen Sozialismus im 21. Jahrhundert sein.

Eine realistische Vorstellung über eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus kann nicht primär als Konzept, das aus theoretischen Überlegungen oder gar Wünschen abgeleitet wird entstehen. Der Sozialismus kann nicht nach einem vorgegebenen Modell entwickelt werden. Das hat das vergangene Jahrhundert u.a. mit dem sowjetischen Eigentums-, Staats- und Planungsmodell nachdrücklich gezeigt. Es wurde von der Sowjetunion nach 1945, in vielen Fällen nicht ohne starken politischen und ideologischen Druck, auf alle anderen Länder des Realsozialismus in Europa übertragen. Es gab jedoch unter den realsozialistischen Ländern Europas, nicht nur mit der Selbstverwaltungswirtschaft in Jugoslawien, beachtenswerte Spezifika und Differenzen. Sie betrafen u.a. die Gestaltung der Eigentumsstrukturen. In der DDR gab es z.B. bis Ende der 1960er Jahren „halbstaatliche“ Betriebe (gemischtes privates und staatliches Eigentum), der Umfang und die konkrete Ausgestaltung der Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft und im Handwerk wiesen Unterschiede zu anderen Ländern auf. Auch das Parteiensystem und die Formen der staatlichen Macht sowie die konkrete Art und Weise der Planung und der Nutzung von Ware- und Wertkategorien waren nicht überall gleich.

Die *Erfahrungen im Realsozialismus* spielen eine äußerst wichtige Rolle für einen sachlichen, auf Erkenntnisgewinn gerichteten Diskurs zur Problematik eines Sozialismus im 21. Jahrhundert.

Ohne eine gründliche Auswertung der Erfahrungen der UdSSR, der DDR und der anderen Ländern des sozialistischen Lagers *würde die Linke auf eine entscheidende Erkenntnisquelle für Alternativen im und jenseits des Kapitalismus verzichten*. Darauf könnten Linke z.B. aus

Lateinamerika erwidern: was nützen uns die Erfahrungen eines europäischen Realsozialismus.

Wir haben in Lateinamerika ganz andere Traditionen und sind auch mit anderen ökonomischen, sozialen, kulturellen, Demokratie- und ethnischen Problemen und Widersprüchen konfrontiert.

Auch die Bedingungen des weltweiten Kapitalismus haben sich durch den Übergang zu einer finanzmarktgesteuerten Globalisierung tiefgreifend verändert. Es kann natürlich nicht um die einfache Übertragung konkreter Erfahrungen auf ganz andere Bedingungen gehen, es gibt aber grundlegende, weitgehend allgemeingültige und konkrete Erfahrungen des Realsozialismus, deren schöpferische, gut durchdachte Nutzung auch unter den wesentlich anderen Verhältnissen Lateinamerikas sehr hilfreich sein kann. (Vgl. hierzu auch Abschnitt 3)

Die Erfahrungen aus dem Realsozialismus sind nicht nur wichtig für einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts, sondern ebenso für die aktuellen Kämpfe gegen die neoliberale Reformpolitik, für

die ganze Breite gesellschaftlicher Veränderungen, die den Lebens- und Zukunftsinteressen der Menschen dienen. Im Vordergrund müssten dabei stehen: größere soziale Gerechtigkeit und Überwindung von Armut, Erhaltung und Erweiterung der demokratischen und Freiheitsrechte, Stärkung des öffentlichen Eigentums in den Bereichen der Daseinsvorsorge, der natürlichen Ressourcen und anderen Schlüsselbereichen der Wirtschaft, darunter der Banken, gegen die bisherige Dominanz des Großkapitals und seinen Profitinteressen. Gerade solche Fragen stehen heute auch im Zentrum der progressiven Bewegungen in Lateinamerika.

Die für eine sozialistische Transformation notwendigen demokratischen Mehrheiten können nur durch erfolgreiche Kämpfe um konkrete Verbesserungen im heutigen realen Kapitalismus gewonnen werden. Diesen Zusammenhang hat Martin Luther King mit vier Worten prägnant zu Ausdruck gebracht: „*Die Zukunft beginnt heute*“.

Die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken sozialistischen politischen Parteien stehen heute vor der Aufgabe, die Dominanz des Neoliberalismus durch Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen weiter zurückzudrängen und schließlich zu überwinden.

Dafür sind vor allem notwendig: (1) die Ausarbeitung überzeugender, realistischer alternativer wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischer Konzepte und konkreter Vorstellungen zur Stärkung der Demokratie, der Partizipation der Menschen an Entscheidungen in der Wirtschaft und der Gesellschaft, (2) die Aufklärung der Bevölkerung darüber, dass diese Konzepte und Forderungen mit ihren Lebensinteressen übereinstimmen und auch realitätstauglich sind sowie (3) wirkungsvolle Aktionen und Kämpfe zu deren schrittweise Durchsetzung.

Hieraus ergibt sich als wichtige Konsequenz, dass es für die Linke darauf ankommt,

- den Widerstand gegen die neoliberale Politik auf den verschiedenen Politikfeldern, gegen die zunehmende soziale Unsicherheit, gegen die sich ausbreitende Prekarität der Arbeit und des Lebens und gegen die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums,
- mit den aktuellen Kämpfen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Lebens, um die Erhaltung und Weiterentwicklung des Sozialstaats, um den Schutz und die Verbesserung der natürlichen Umwelt und um eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und
- mit Vorstellungen für eine sozialistische Systemalternative zu verbinden

Ausgehend von den vorstehend skizzierten Problemen gewinnen auch die Diskussionen über mögliche erste Schritte oder Übergangsforderungen einer die Grenzen des Kapitalismus über-

schreitenden alternativen Entwicklung, zu einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, an Bedeutung. (Vgl. hierzu Abschnitt 4)

Stets sollte von der historisch immer wieder bestätigten Tatsache ausgegangen werden, dass jeder ernsthafte Schritt in Richtung einer sozialistischen Alternative mit dem erbitterten Widerstand des Kapitals zu rechnen hat und Bestandteil der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist, die mit dem Scheitern des europäischen Realsozialismus nicht beendet ist.

2. Wichtige Erfahrungen aus dem Realsozialismus in Europa

Die Erfahrungen des gescheiterten Realsozialismus in Europa hängen eng mit zwei Fragen zusammen, die für sozialistische Versuche oder Neuansätze wichtig sind: Warum ist der Versuch einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus 1989/91 in Europa gescheitert? Warum konnte sich der Realsozialismus unter den schwierigsten äußeren Bedingungen – feindliche kapitalistische Umwelt, militärische Aggressionen und Überfälle (Interventionskriege nach der Oktoberrevolution, Überfall des faschistischen Deutschland) sowie kalter Krieg – über 70 Jahre in der UdSSR bzw. 40 Jahre in den anderen realsozialistischen Ländern Europas behaupten? Diese zweite Frage sollte nicht vergessen werden.

Für die Erörterung der ersten Frage unter den Linken und für die Begründung eines nichtautoritären, emanzipatorischen, demokratischen Sozialismus spielen zwei große sozialistische Revolutionäre und Theoretiker eine große Rolle, Rosa Luxemburg, die Anfang 1919 unmittelbar nach der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands von der Reaktion ermordet wurde, und Antonio Gramsci der nach jahrelanger Gefängnishaft unter den italienischen Faschisten 1937 an den Folgen der Haft starb.

Rosa Luxemburgs Bedeutung für die kritische Auseinandersetzung mit den grundlegenden Defiziten des Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts und für die Debatten um einen emanzipativen, demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert liegt weniger in ihren theoretischen Auffassungen als in ihren politischen Positionen, nämlich ihrer unbedingten Forderung nach Demokratie und Öffentlichkeit in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft sowie im Beharren auf Freiheit als der unverzichtbaren Bedingung jeder emanzipativen Bewegung. Die gemeinsame Tat war für sie die Voraussetzung der Emanzipation. Von hoher Aktualität ist ihre Kritik an Bürokratien und großen Organisationen, die sich zunehmend zum Selbstzweck entwickeln und das eigentliche Leben ersticken.

Rosa Luxemburg verband ihre tiefe Solidarität mit der russischen Revolution mit einem offenen, kritischen Blick auf die schon früh sichtbare Ansätze einer Unterschätzung und Negierung der Demokratie, die sie als große Gefahren für die Zukunft betrachtete. In der Schrift „Zur russischen Revolution“ heißt es: „Es wäre in der Tat eine wahnwitzige Vorstellung, dass bei dem ersten welthistorischen Experiment mit der Diktatur der Arbeiterklasse, und zwar unter den denkbar schwersten Bedingungen: mitten im Weltbrand und Chaos eines imperialistischen Völkermordens, in der eisernen Schlinge der reaktionärsten Militärmacht Europas, unter völligem Versagen

des internationalen Proletariats, dass bei einem Experiment der Arbeiterdiktatur unter so abnormen Bedingungen just alles was in Russland getan und gelassen wurde, der Gipfel der Vollkommenheit gewesen sei.“ „Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.“ „Das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung, in der Stunde der Erfüllung, aus dem Werden der lebendigen Geschichte, die genau wie die organische Natur, deren Teil sie letzten Endes ist, die schöne Geflogenheit hat, zusammen mit einem wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnis stets auch die Mittel zu seiner Befriedigung, mit der Aufgabe zugleich auch die Lösung hervorzubringen. Ist dem aber so, dann ist es klar, dass der Sozialismus sich seiner *Natur* nach nicht oktroyieren lässt, durch Ukase einführen. Er hat zur Voraussetzung eine Reihe Gewaltmaßnahmen – gegen Eigentum etc. Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive *nicht*. Neuland. Tausend Probleme.. Nur Erfahrung [ist] imstande zu korrigieren und neue Wege zu eröffnen. Nur ungehemmtes schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen. Improvisation erhält *schöpferische* Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe. Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist ebenso dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt ... Die ganze Volksmasse muss daran teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzend Intellektueller dekretiert, oktroyiert.“ „Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muss auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf, erstirbt das Leben in jeder öffentliche Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren , unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grund genommen also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker. ... Solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geislerschießungen usw. Das ist ein übermächtiges, objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.“

Gramsci, konnte im Unterschied zu Rosa Luxemburg seinen Erkenntnissen über die sozialistische Revolution in Russland, über Staat und Zivilgesellschaft, über Hegemonie und Herrschaft eine historisch längere Phase der Existenz und Entwicklung des Realsozialismus in der UdSSR und die veränderten Bedingungen des Kapitalismus in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen zu Grunde legen. Ähnlich wie Luxemburg verband er Sympathie und Solidarität mit der Oktoberrevolution und den Kämpfen der Bolschewiki in Russland mit einer offenen Kritik der Entstellungen und Defizite des eingeschlagenen Weges zum Sozialismus. In einem Brief an das ZK der KPdSU schrieb Gramsci 1926 “Genossen Ihr wart in diesen neun Jahren der Weltgeschichte das organische und vorwärtstreibende Element der revolutionären Kräfte aller Länder.. Die Funktion, die Ihr ausgeübt habt findet in der ganzen Geschichte des Menschengeschlechts hinsichtlich der Breite und Tiefe nichts Vergleichbares. Heute seid Ihr aber dabei, Euer Werk zu zerstören. Ihr degradiert die Führungsfunktion, die die Kommunistische Partei der Sowjetunion durch das Engagement Lenins errungen hat, und Ihr geht das Risiko ein, sie ganz zu verlieren..“

Schlüsselfragen waren für Gramsci die Erringung der Hegemonie als politisch-kulturelle Führung der Gesellschaft, die er bewusst von der Herrschaft unterschied, und die enge Verbindung der Hegemoniefähigkeit der Arbeiterklasse mit der Entwicklung der Zivilgesellschaft und dem Einfluss, den sie durch Aufklärung und Überzeugung darin ausüben kann. Er verknüpfte die Überwindung des Kapitalismus und den Übergang zum Sozialismus mit der Bedingung, dass es gelingt, auf gleichberechtigter, partnerschaftlicher Grundlage durch Überzeugung, einen „historischen Block“ als antikapitalistisches Bündnis zustande zu bringen, und dass dieser Block in der Lage ist, die Mehrheit für sich zu gewinnen. Seine Gedanken sind gerade für die gegenwärtigen Diskussionen in der internationalen sozialistischen Bewegung über einen demokratischen, emanzipativen Sozialismus des 21. Jahrhunderts und über notwendige demokratische Wege zu einem solchen Sozialismus sehr wichtig.

Eine vorrangige Aufgabe der für eine Systemalternative zum Kapitalismus kämpfenden progressiven Kräfte besteht darin, einen gegenhegemonialen Block zum bürgerlich konservativen, an der Aufrechterhaltung der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse interessierten Block zu schaffen. Gegenwärtig steht dabei im Vordergrund, den gescheiterten und angeschlagenen Neoliberalismus zu überwinden und Schritte in Richtung eines sozial und ökologisch zukunftsfähigen Entwicklungspfad und einer hiermit verbundenen demokratischen gesellschaftlichen Regulierung der für das Leben und die Arbeit der Menschen entscheidenden Prozesse zu gehen.

Die *Gründe des Scheiterns des Realsozialismus* können in drei große Komplexe zusammengefasst werden:

1. Es *gelang nicht*, das schon im Kommunistischen Manifest von Marx und Engels begründete Grundprinzip einer sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen, einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Im Realsozialismus gab es *grundlegende Defizite in der Freiheit/Emanzipation/Selbstbestimmung der Menschen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und in der Demokratisierung der Gesellschaft*. Die unzureichende Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie, insbesondere die fehlende demokratische Mitbestimmung in der Produktion, widerspiegelten die unzureichende reale Verfügung der Produzenten über die Produktionsmittel.

Diese Defizite äußerten sich auch in den unterentwickelten, einseitigen Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, in dem realen Übergewicht des Staates, speziell als Machtorgan, in diesen Beziehungen und in der schwachen Herausbildung von Vermittlungsglieder zwischen Staat und Gesellschaft. Dies zeigte sich auch in der Überdimensionierung zentralistischer staatlicher Planung und Leitung bei unzureichenden realen Rückkopplungsmechanismen mit den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung, der Wirtschaftssubjekte sowie der Regionen. Die inneren Möglichkeiten des gesellschaftlichen Eigentums wurden völlig ungenügend für die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie, vor allem für eine reale Einflussnahme der Beschäftigten auf die Entwicklung in den Unternehmen und Betrieben genutzt. Wirksame zivilgesellschaftliche Strukturen blieben embryonal. Das äußerte sich insbesondere auch darin, dass die Partei und Staatsmacht immer weniger von der Bevölkerung und dabei besonders auch von der Arbeiterklasse unterstützt wurde und zunehmend das Vertrauen der Menschen verlor.

2. Es *gelang nicht, ein gegenüber der kapitalistischen Produktionsweise höheres Produktivitäts- und Effektivitätsniveau zu erreichen*. Die realsozialistischen Staaten haben trotz hoher Wachstumsraten in den ersten Nachkriegsjahrzehnten die übernommenen Rückstände gegenüber den fortgeschrittensten Ländern nie überwinden können. In den 1970 und 1980er Jahren, die durch die beginnende technologische Umwälzung insbesondere auf Grundlage der Mikroelektronik gekennzeichnet waren, sind diese Rückstände weiter angewachsen. Das hat sich auf alle Bereiche der Gesellschaft, insbesondere auf den Lebensstandard – u.a. Mängel im bedarfs- und

qualitätsgerechten Angebot an Waren und Dienstleistungen –, die Investitionskraft, auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgewirkt. Die Rückstände im Produktivitätsniveau haben auch zu der im Vergleich zu den USA und anderen NATO Staaten übermäßig hohen Belastung der Wirtschaft durch Militärausgaben geführt, die für die Erhaltung des militärstrategischen Gleichgewichts eingesetzt wurden

Diese Probleme hingen wiederum eng mit *Schwächen in der Nutzung der kreativen Potenziale der Menschen, in der Entwicklung der Innovationsfähigkeit und -stärke der Betriebe und der ganzen sozialistischen Wirtschaft* zusammen. Die Bedingungen für ein rasches, flexibles Reagieren von Forschung, Investitionen und Produktion auf Veränderungen im Bedarf, auf neue wissenschaftlich-technische Erkenntnisse und auf veränderte Weltmarkterfordernisse waren nur unzureichend vorhanden.

3. Die wirtschaftliche Entwicklung der realsozialistischen Länder war im wesentlichen durch eine gegenüber den kapitalistischen Industrieländern *nachholende Modernisierung gekennzeichnet*. Dies betraf vor allem die Entwicklung der Wirtschafts-, Produktions- und auch Konsumtionsstrukturen sowie der Technik und Technologie. *Es gelang nicht*, einen den Zielvorstellungen des Sozialismus, insbesondere einer emanzipierten, selbstbestimmten Arbeit, und den grundlegend veränderten ökologischen Bedingungen entsprechenden *neuen Produktions- und Reproduktionstyp herauszubilden* sowie *einen neuen Pfad der ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung zu gehen und einem damit übereinstimmenden neuen Wachstumstyp zu realisieren*. All diese Defizite widerspiegeln in hohem Grade die unzureichende reale Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln, die stark formale Züge aufwies.

Es geht bei der Analyse der Gründe für das Scheitern des Realsozialismus sowohl darum, eine differenzierte Bewertung des berechtigten Versuchs vorzunehmen, dem Kapitalismus eine andere, sozialistische, Perspektive entgegenzustellen, ein Versuch, mit dem das Leben, die Arbeit und Kämpfe von rund 300 Millionen Menschen allein in Europa mehrere Jahrzehnte verbunden waren, als auch darum, *hieraus Schlussfolgerungen für einen demokratischen, modernen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu ziehen*.

Die bisherige Diskussion über die Defizite und Mängel des Staatssozialismus und über die Gründe seines Scheiterns zeigt, dass es zu vielen wichtigen Aspekten unter den Linken eine weitgehende Übereinstimmung gibt, dass aber zu einigen grundsätzlichen Fragen nach wie vor tiefe Meinungsunterschiede, teilweise entgegengesetzte Auffassungen, bestehen. Das letztere

bezieht sich insbesondere auf die Fragen, die das weitere Bestehen des Markts und der Ware-Wertkategorien betreffen.

Zu folgenden Fragen besteht unter den Linken ein weitgehender Konsens:

1. Der Staatssozialismus hatte bei der Verwirklichung der Ziel- und Wertvorstellungen des Sozialismus auf den oben angeführten Feldern grundlegende Defizite.
2. Das Scheitern ist nicht auf eine einzelne Ursache zurückzuführen, sondern auf einen Komplex von inneren und äußeren Faktoren, die untereinander eng verflochten waren, und sich in ihrer Wirkung oft gegenseitig verstärkt haben.
3. Das Scheitern ist *nicht* Ausdruck für die prinzipielle Unmöglichkeit einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus, sondern spiegelt vor allem Defizite, Schwächen und Fehlentwicklungen des bisher praktizierten Staatssozialismus wider. Die Notwendigkeit einer Alternative zum Kapitalismus bleibt unvermindert bestehen. Sie ist angesichts der Unfähigkeit des Kapitalismus, die großen sich weiter zuspitzenden ökonomischen, sozialen, ökologischen, entwicklungspolitischen Probleme zu lösen und kriegerische Konflikte zu verhindern, noch größer geworden.
4. Das Scheitern hängt mit Faktoren oder Umständen unterschiedlicher Qualität zusammen: (1) Historische und äußere Faktoren, die im wesentlichen gegeben und kaum beeinflussbar waren – sie spielten besonders bei Vergleichen der Wirtschaftsentwicklung zwischen der DDR und der BRD eine entscheidende Rolle. (2) Strukturelle oder genetische Schwächen und Fehlentwicklungen des Staatssozialismus. (3) Subjektive Faktoren – Schwächen bei den für die Führung der gesellschaftlichen Entwicklung verantwortlichen Personen und Spitzengremien der Partei, Subjektivismus und Fehler in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Zwischen den historisch/äußeren, den strukturellen/inneren und den subjektiven Faktoren bestehen enge Verflechtungen, gegenseitige Einflüsse und Abhängigkeiten. Einige vor allem auf die Entwicklung der DDR bezogene Beispiele können hier nur knapp angedeutet werden:

Der jahrzehntelange kalte Krieg zwischen den beiden politischen Systemen, die hohen Belastungen durch Militärausgaben, die Abhängigkeit von Krediten der kapitalistischen Länder, speziell der Bundesrepublik Deutschland hatten wesentlichen Einfluss auf die innere Entwicklung der DDR. Hinzu kam, dass die Zusammenarbeit im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) nur unzureichend für eine rationelle internationale Arbeitsteilung wirksam wurde. Verstärkt durch die Embargopolitik wurden dadurch wirtschaftliche Autarkiebestrebungen begünstigt. Diese führten

wiederum zu übermäßig hohen Forschungs- und Investitionsaufwendungen für bestimmte Branchen, wie die Mikroelektronik und schränkten die Möglichkeiten für die Modernisierung der gesamten Wirtschaft und für die Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung ein. Innovationsschwächen, die auch auf das unbefriedigende Niveau der wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Spezialisierung und Zusammenarbeit zwischen den RGW-Ländern zurückzuführen waren, führten z. B. zu sinkenden Exporterlösen je Einheit Inlandsaufwand beim Export in kapitalistische Länder und zum Ansteigen der Auslandsschulden in konvertierbarer Währung. Dadurch vergrößerten sich die Engpässe bei der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung und bei den Investitionen, die ihrerseits wiederum das Innovationstempo bremsen. Die tatsächlichen Nettoauslandsschulden der DDR – 20 Mrd. DM im letzten DDR Jahr 1989 – bedeuteten jedoch keinesfalls, dass die DDR zahlungsunfähig war und vor dem Bankrott stand. Zum Vergleich; die West-Ost Nettofinanztransfers betragen seit 1991 im Durchschnitt pro Jahr mit rund 140 Mrd. DM das Mehrfache.

Fehleinschätzungen und Subjektivismus sowie die geringe Bereitschaft der politischen Führung zur Korrektur von Fehlern und zu Selbstkritik spielten in der DDR ebenso wie in den anderen Ländern des Realsozialismus eine beträchtliche Rolle. Dieses Defizit scheint allerdings bei den Regierenden in der Bundesrepublik und anderen Staaten der westlichen Demokratie mindestens ebenso ausgeprägt zu sein. Eine Analyse dieser und anderer Schwächen der westlichen Demokratien ist aber nicht Gegenstand dieses Beitrages. Der Subjektivismus im Realsozialismus war eine direkte Folge seiner beschriebenen System- und Strukturschwächen, insbesondere der fehlenden realen Verfügung der Menschen über das gesellschaftliche Eigentum und der damit verflochtenen Demokratiedefizite.

Das Problem ist nicht, dass Fehler begangen werden und Irrtümer vorkommen. Das lässt sich bei einem so komplizierten und komplexen Prozess wie dem Aufbau einer neuen, alternativen Gesellschaft gar nicht vermeiden. *Die Probleme ergeben sich aus dem Ausmaß und den Wirkungen von Fehlern und vor allem aus der fehlenden Fähigkeit und Bereitschaft, falsche Entscheidungen und Irrtümer offen zuzugeben sowie möglichst transparent und öffentlich kontrollierbar zu korrigieren.*

Die Erfahrungen des Realsozialismus spielen eine äußerst wichtige Rolle für einen sachlichen, auf Erkenntnisgewinn gerichteten Diskurs zur Problematik eines Sozialismus im 21. Jahrhundert. Ohne eine gründliche Auswertung der Erfahrungen des Realsozialismus in Europa und seines

Scheiterns, der heutigen widersprüchlichen Entwicklungsprozesse in China und, ganz anderer Art, in Kuba, würde die Linke auf eine entscheidende Erkenntnisquelle für sozialistische Visionen und neue Überlegungen zu sozialistischen Perspektiven im 21. Jahrhundert verzichten. Dabei ist es zweckmäßig, *Erfahrungen unterschiedlicher Qualität* zu analysieren:

Erstens positive, aufhebenswerte und natürlich in einem neuen Sozialismusprojekt weiterzuentwickelnde und den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts anzupassende Leistungen und Erfahrungen des Realsozialismus auf vielen Gebieten wie Kinderbetreuung, Zugang aller zur Bildung und zu Gesundheitseinrichtungen, Beseitigung von Arbeits- und Obdachlosigkeit, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, sowie auf solchen für das Leben und die Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft entscheidenden Gebieten wie Herausbildung eines Gemeinsinns und von Solidarität.

Zweitens Fehler, Entstellungen des Sozialismus und defizitäre Entwicklungen, die die Hauptgründe für das Scheitern des Realsozialismus waren und die in einem neuen Sozialismusversuch unbedingt zu vermeiden sind. Dies gilt insbesondere für die Demokratiedefizite auf allen entscheidenden Gebieten der Gesellschaft. Die Einheit von Sozialismus und Demokratie blieb weitgehend Deklamation und wurde unzureichend gelebte Realität. Diese strukturellen Schwächen des Staatssozialismus hingen eng zusammen mit dem absoluten Wahrheits-, Macht- und Führungsanspruch der kommunistischen bzw. sozialistischen Parteien, ihrer Politbüros und Generalsekretäre.

Drittens die widersprüchlichen Ergebnisse und Erfahrungen bei der Gestaltung einer alternativen sozialistischen Gesellschaft. Sie können weder der ersten noch der zweiten Gruppe zugeordnet werden. Dies bezieht sich besonders auf die widersprüchlichen Beziehungen zwischen: (1) politischer Macht/Staat und umfassender Demokratisierung, (2) staatlichem Eigentum und realer Verfügung der Produzenten über das Eigentum sowie der Wirtschaftsdemokratie, (3) gesellschaftlicher Planung/Regulierung und deren Verbindung mit der Nutzung der Instrumente und Mechanismen des Markts, (4) einer solidarischen und gleichberechtigten internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung im RGW und dem Weiterbestehen nationaler Egoismen und hegemonialer Tendenzen seitens der stärksten politischen und Wirtschaftsmacht.

Politische Macht, ein starker Staat und gesellschaftliches Eigentum bleiben Grundfragen und unerlässliche Voraussetzungen einer sozialistischen Alternative. Die Frage ist aber, wie sie

demokratisch gestaltet und real für die Interessen der Menschen unter deren aktiver, demokratischer Mitwirkung wirksam werden. Hier zeigten sich grundlegende, strukturelle Defizite und Fehlentwicklungen des Realsozialismus. Gerade auf diesem Gebiet gibt es viele Fragen, die noch zu beantworten bzw. im praktischen Prozess zu lösen sind. Sie betreffen sowohl die konkrete Ausgestaltung des gesellschaftlichen Eigentums als auch vor allem das Problem, wie die reale Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse konkret erreicht werden kann. Hier stehen u.a. im Vordergrund:

Die Ausgestaltung der verschiedenen Formen des öffentlichen bzw. genossenschaftlichen Eigentums einschließlich gemischter Eigentumsformen und die Beziehungen zwischen ihnen; die Beteiligung der Belegschaften am Eigentum, die Mitbestimmung der Produzenten und der Konsumenten über wichtige Fragen der Investitionen und der Produktionsstruktur, die Formen für Kontrolle und Einflussnahme der Öffentlichkeit, die Beziehungen der Unternehmen zur Bevölkerung und deren Vertretungskörperschaften in den jeweiligen Regionen.

Damit werden auch Kernfragen des Verhältnisses zwischen Staat und Zivilgesellschaft berührt, von der partizipativen Aufstellung öffentlicher Haushalte, bis zur Rolle von Zivilgerichten und Konfliktkommissionen in der Rechtssprechung.

Bisher ist es nicht gelungen, die Nutzung von Kategorien und Mechanismen des Markts (Ware, Wert, Geld u.a.) mit einer gesellschaftlichen Regulierung/Planung so zu verbinden, dass eine hohe Produktivität, ökonomische Effizienz, Qualität und Bedarfsgerechtigkeit der Produktion erreicht und zugleich die sozialen und ökologischen Erfordernisse sowie eine ausreichende Zukunftsorientierung gesichert werden. *Die Beziehungen zwischen Markt und gesellschaftlicher Regulierung/Planung gehören zu den wichtigsten und zugleich kompliziertesten und bisher noch nirgends befriedigend gelösten Problemen eines modernen Sozialismus.*

Die in den realsozialistischen Ländern angewandten Instrumente und Methoden der Regulierung/Planung der gesellschaftlichen Entwicklung können für einen zukünftigen Sozialismus nicht übernommen werden. Aber auch sie enthalten Elemente und Erfahrungen die für zukünftige Schritte zu einem Sozialismus von Interesse sein können. Deren Analyse kann Potenziale sichtbar machen, die in einem neuen Sozialismus des 21. Jahrhunderts genutzt werden können, vor allem folgende:

Die kreativen Potenziale der lebendigen Arbeit können in dem Maße wirksam werden, wie es gelingt, den entfremdeten Charakter der Arbeit zu überwinden und die selbstbestimmten und emanzipativen Züge der Arbeit herauszubilden und zu stärken.

Die persönliche Motivation der in Forschung und Entwicklung Tätigen und aller Erwerbstätigen zu Innovativität, Ressourceneinsparung, Qualitätsverbesserung und Produktivitätssteigerung wird in dem Maße gestärkt, wie es gelingt, das Leistungsprinzip konsequenter anzuwenden und die Flexibilität des Reproduktionsprozesses zu erhöhen.

Die Betriebs- und Unternehmensleitungen und die Belegschaften werden stärker an der Verbesserung der betrieblichen Ergebnisse und ihrer Übereinstimmung mit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen interessiert, wenn es gelingt, die Spielräume für eigenverantwortliche Handeln, darunter speziell für die Verwendung eines größeren Teils des Mehrprodukts (des Gewinns), zu erweitern und der Mitarbeiterbeteiligung am Eigentum zu verbinden sowie die demokratische Mitbestimmung zu verbessern.

Für Diskussionen über eine wirksame gesellschaftliche Regulierung der Wirtschaft lohnt sich die Auswertung der Vorhaben und praktischen Erfahrungen bei der Vervollkommnung der Planung und der ökonomischen Stimulierung der Unternehmen, der Beschäftigten und der Leiter zur Zeit des Neuen Ökonomischen Systems des Sozialismus in den 1960er Jahren.. (Vgl. hierzu auch Abschnitt 3) Hier müssen einige Stichpunkte genügen, um zu zeigen, dass die praktizierte Planung ungeachtet ihres administrativ-zentralistischen Charakters einige interessante, wertvolle Elemente enthielt, die von Entstellungen und formalen Zügen befreit, weiterentwickelt und genutzt werden sollten. Hierzu gehören u.a.

die Planberatungen und -verteidigungen, die auf den verschiedenen Ebenen stattfanden, vom Betrieb (Plandiskussionen mit den Belegschaften) über die Kombinate, die Ministerien bis zur Staatlichen Plankommission,

die Ausarbeitung der Pläne in mehreren Phasen, staatliche Orientierungen als Grundlage für die Planvorschläge der Betriebe, Kombinate und Ministerien, die nach ihrer Beratung auf den verschiedenen Ebenen und nach Korrektur und Bestätigung im Politbüro der SED und in der Regierung zu verbindlichen Planaufgaben wurden,

die Verbindung der vertikalen Entwicklung nach Branchen mit der regionalen Entwicklung vor allem durch regionale Komplexberatungen aller Verantwortlichen, der Plankommission, der Ministerien und der Bezirke (in der DDR gab es 15 Bezirke). Im Er-

gebnis dieser Beratungen wurden Entscheidungen zur Entwicklung der jeweiligen Regionen und zur Sicherung regionaler Ressourcen (vor allem Arbeitskräfte und Baukapazitäten) für die Zweige und Betriebe und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der in der Region lebenden Bevölkerung getroffen.

Die Erfahrungen der staatssozialistischen Länder Europa und die Erfahrungen in China, Vietnam und Kuba erlauben zwei *Schlussfolgerungen*:

Der Versuch, Warenproduktion, Wertkategorien und den Markt mit seinen Mechanismen abzuschaffen, wäre verhängnisvoll. Er würde u.a. eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen für die Bevölkerung empfindlich stören und einen Verzicht auf wichtige ökonomische Triebkräfte und Anreize für Innovationen und hohe Effizienz bedeuten

Ebenso gilt aber auch: Wenn die Marktmechanismen im Sinne einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ ohne eine ausreichende, wirkungsvolle *gesellschaftliche Regulierung* des Markts, der mit den Wertkategorien verbundenen ökonomischen Interessen der Betriebe und der ökonomischen Beziehungen zwischen den Betrieben, den Regionen und dem Staat angewendet werden, sind soziale und ökologische Deformationen zwangsläufig. Dies hat sich in den letzten Jahrzehnten in China trotz einer beispiellosen ökonomischen Dynamik deutlich gezeigt und war auch Gegenstand kritischer Analysen auf dem jüngsten Parteitag der KP Chinas.

Die Beziehungen zwischen Markt und gesellschaftlicher Regulierung/Planung gehören zu den beliebtesten Streitpunkten der Linken. Für die Begründung von Vorstellungen über Kriterien und Funktionsweise einer sozialistischen Gesellschaft ist es weitaus fruchtbarer, die konkreten Erfahrungen der Länder des Realsozialismus, sowohl der gescheiterten als auch der weiter existierenden, zu analysieren, als einen abstrakter Streit über die weitere Existenz von Warenproduktion und Markt im Sozialismus zu führen.

Die Lebens- und Leistungsfähigkeit eines zukünftigen Sozialismus ist in hohem Maße von der Bereitschaft und Fähigkeit der Akteure abhängig, die Praxis auf den verschiedenen Gebieten der gesellschaftlichen Entwicklung ständig zu analysieren, Fehlentscheidungen und Irrtümer offen zuzugeben, die Suche nach innovativen Lösungen zu fördern und notwendige Korrekturen rechtzeitig, transparent und öffentlich kontrollierbar vorzunehmen.

Die Analyse und Bewertung der Erfahrungen der staatssozialistischen Länder gibt auch wichtige Anhaltspunkte für die Beantwortung der oben gestellten zweiten Frage, warum sich der Realsozialismus trotz der vorhandenen Defizite und Fehlentwicklungen in Europa unter den sehr schwierigen und ungünstigen äußeren Bedingungen über 70 bzw. 40 Jahre behaupten konnte. Zusammenfassend könnten hierfür insbesondere folgende positive Aspekte bzw. Wirkungen der Umgestaltung der sozialökonomischen Verhältnisse hervorgehoben werden. Dabei konzentriere ich mich auf die Erfahrungen der DDR :

- Die für den Kapitalismus typische soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf lebenswichtigen Gebieten, wie Arbeit (vor allem Beseitigung der Arbeitslosigkeit), Bildung, Gesundheit und Kultur wurden weitgehend überwunden. Der Feriendienst der Gewerkschaften trug dazu bei, dass auch Familien mit unterdurchschnittlichem Einkommen und mehreren Kindern ihren Urlaub in schönen Gegenden des Inlands verbringen konnten.
- Durch die gesamtwirtschaftliche Planung und die Überwindung der Dominanz einzelwirtschaftlicher Gewinninteressen ließen sich die verfügbaren Ressourcen auf Schwerpunkte der ökonomischen und sozialen Entwicklung, einschließlich der Überwindung regionaler Rückständigkeitskonzentrieren. Perspektivisch wichtigen Entscheidungen zur Entwicklung der Produktionsstruktur und zum Einsatz der Investitionen lagen nicht einzelwirtschaftliche Kriterien des höchsten Profits zugrunde, sie konnten ausgehend von gesamtwirtschaftlichen Kriterien der Rationalität und Effektivität getroffen werden. Bei konkreten Entscheidungen wurde jedoch öfter dagegen verstoßen.
- Trotz der ungünstigen ökonomischen Ausgangsbedingungen, die die DDR im Vergleich zur BRD stark benachteiligten – hohe Kriegsschäden und Belastungen durch Reparationen und Demontagen, tiefe wirtschaftliche Disproportionen infolge der Teilung Deutschlands, internationale Arbeitsteilung im Rahmen des Mitgliedsländer des RGW, d.h. größtenteils mit ökonomisch relativ rückständigen Staaten Europas u.a. –, gelang es, eine leistungsfähige industrielle Basis einschließlich der Branchen, die es in Ostdeutschland vor 1945 nicht oder kaum gab (Eisenmetallurgie, größere Bereiche des Schwermaschinenbaus und der Chemie, Schiffbau u.a.) aufzubauen. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum (BIP zu vergleichbaren Preisen) lag auch in den letzten 20 Jahren der Existenz der DDR mit jahresdurchschnittlich 3,3% über dem der BRD. Das BIP je Einwohner stieg in dieser Zeit auf fast das Doppelte. Die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts, darunter die Ausgaben für Bildung, Kultur, Gesundheit und auch für

Forschung wuchsen beständig Dies gilt auch für die Zeit zunehmender wirtschaftlicher Probleme in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre.

Die störenden Mangelerscheinungen bei der Versorgung der Bevölkerung mit verschiedenen Waren und Dienstleistungen konnten zwar nicht überwunden werden, es gab jedoch in der gesamten Zeit eine stabile und für alle spürbare Erhöhung des Lebensniveaus. Die unterschiedlichen Ergebnisse bei der Verbesserung des Lebensniveaus in den verschiedenen Entwicklungsstapen der DDR widerspiegeln sich auch im Grad der Zustimmung der Bevölkerung zu den bestehenden Verhältnissen. Dieser war beispielsweise Anfang der 1970er Jahre relativ hoch, als in der DDR bei der Versorgung mit Konsumgütern und im Wohnungsbau deutliche Verbesserungen erreicht wurden.

- Das genossenschaftliche und auch teilweise das staatliche Eigentum sowie darauf beruhende Beziehungen, wie sozialistischer Wettbewerb und Brigaden der sozialistischen Arbeit, enthielten trotz vieler formaler Züge und Hemmnisse Möglichkeiten, die schöpferischen Potenziale der lebendigen Arbeit für die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wirksam zu machen.

- Es konnten sich Elemente oder Keime neuer Verhaltensweisen der Menschen, wie Gemeinsinn, Solidarität und Interesse für die Probleme anderer Menschen herausbilden. Geld und materielle Statussymbole spielten nicht die dominierende Rolle wie in der Bundesrepublik und in anderen kapitalistischen Ländern.

Natürlich waren auch das politische und militärische Potenzial der Sowjetunion, das sie unter den Bedingungen des kalten Krieges für die Sicherung der Ordnung in den staatssozialistischen Ländern – u.a. in Ungarn 1956 und in der CSSR 1968 – eingesetzt hat, und auch der eigene Machtapparat der DDR, der keine Opposition und öffentliche demokratische Diskussionen zuließ, wesentliche Faktoren, die dazu beitrugen, dass die DDR bis 1989/90 insgesamt ein stabiler Staat war. Die Veränderung dieser Situation wurde deutlich, als die Sowjetunion als Machtfaktor und Partner der Existenzsicherung der DDR wegfiel, die eigenen Machtorgane erodierte und die Vertrauensbasis in der Bevölkerung zusehends verschwand.

Aus all dem lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass eine sozialistische Gesellschaft, die die Deformationen und Fehler des Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts vermeidet und die neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aufgreift, eine den Interessen der meisten Menschen entsprechende und auch realistische Alternative zum Kapitalismus ist. Ein sozialistischer

Transformationsprozess kann als Weg zu einer zukunftsorientierten Gesellschaft charakterisiert werden, die sozial und ökologisch nachhaltig ist, die Interessen der Menschen nach Demokratie, Freiheit, sozialer Sicherheit und Gleichheit sowie hoher Lebensqualität verwirklicht und ein friedliches Zusammenleben der Völker ermöglicht.

3. Exkurse zu wichtigen Erfahrungen der DDR in zwei Bereichen:

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und Neues Ökonomisches System des Sozialismus

Exkurs I: Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in der DDR

Die Entwicklung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in der DDR enthält viele interessante und für eine Alternative zum Kapitalismus nützliche konkrete Erfahrungen.

Der Übergang zu einer genossenschaftlichen Produktion in der Landwirtschaft begann 1952 mit dem Beschluss der 2. Parteikonferenz der SED über die planmäßige Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Die Bildung der LPG vollzog sich in den fünfziger Jahren als Zusammenschluss von Einzelbauern und Landarbeitern zu genossenschaftlichen Großbetrieben. Er kann als Weg charakterisiert werden, auf dem die Bauernschaft Träger und Gestalter einer modernen, nichtkapitalistischen, sozialistischen Landwirtschaft wird. Bei der Entstehung der LPG gab es, insbesondere in der Schlussphase der Genossenschaftsbildung 1959/60, jedoch Verstöße gegen das Prinzip der Freiwilligkeit. So wurde in diesen Jahren ein starker Druck vor allem auf leistungsstarke Bauern ausgeübt, den Genossenschaften beizutreten. Das Prinzip der Freiwilligkeit, das natürlich auch Überzeugung und Aufklärung einschließt, müsste bei zukünftigen sozialistischen Veränderungen in der Landwirtschaft konsequent eingehalten werden.

Der Übergang zu einer genossenschaftlichen Produktionsweise in der Landwirtschaft vollzog sich im Verlaufe von acht Jahren bis 1960. Ende 1960 hatten sich rund 19.000 LPG aus 770.000 einzelbäuerlichen Wirtschaften gebildet. Damit wurden die LPG zur dominierenden landwirtschaftlichen Eigentums- und Betriebsform, die 85 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR bewirtschaftete. Die LPG entwickelten sich zunehmend nicht nur zu Wirtschaftseinheiten, sondern auch zu sozialen Gemeinschaften, die das Dorfleben stark beeinflussten. Die LPG setzten größere finanzielle und materielle Mittel ein für die Schaffung sozialer und kultureller Einrichtungen auf dem Dorf, d.h. nicht nur für ihre Mitglieder sondern für die gesamte Dorfbewölkerung: Einrichtungen zur Betreuung der Kinder, Gemeinschaftsküchen, Dorf- und Jugendklubs und andere Freizeiteinrichtungen sowie Kinderferienlager und Urlaubsmöglichkeiten. Dadurch wurden wichtige Voraussetzungen geschaffen, um die Unterschiede in den Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land zu verringern.

Ungeachtet einiger nicht ausreichend gelöster Probleme enthalten die Ergebnisse und Erfahrungen der LPG wichtige Erkenntnisse für eine zukunftsfähige Gestaltung der Produktion, der Arbeit und des Lebens auf dem Lande in einer sozialistischen Gesellschaft:

- Sie sind durch die genossenschaftliche Produktionsform besonders dafür geeignet, die für einen zukunftsfähigen und emanzipativen Sozialismus notwendige Verbindung der Wirtschaftstätigkeit mit neuen sozialen Beziehungen der Mitglieder, gemeinsamer Arbeit und dem Wirken gemeinsamer Interessen zu realisieren.
- Sie enthalten im Vergleich zu den staatlichen Betrieben günstigere Voraussetzungen, um die Vergütung der Werktätigen enger nicht nur mit der eigenen Leistung, sondern auch mit dem Gesamtergebnis des Betriebes zu verbinden. Sie hatten in der DDR auch einen größeren Handlungsspielraum zur Verwendung der Ergebnisse ihrer Arbeit, darunter des erwirtschafteten Gewinns, im Interesse ihrer Mitglieder. Aus all dem ergab sich wiederum eine stärkere Verbundenheit der Mitglieder der LPG mit der Entwicklung ihres Betriebes als in den Staatsbetrieben.
- Es bestanden günstigere Voraussetzungen für die demokratische Mitgestaltung aller wichtigen Fragen der Entwicklung der Genossenschaft. Dies erfolgte vor allem über Beschlüsse der Mitgliederversammlung, die auch die Vorstände und die Vorsitzenden wählten. Die leitenden Funktionäre der LPG waren gegenüber der Mitgliederversammlung rechenschaftspflichtig. Die genossenschaftliche Demokratie trug dazu bei, die reale gesellschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel durch den kollektiven Eigentümer zu sichern.

Diese Vorzüge des genossenschaftlichen Eigentums trugen auch entscheidend dazu bei, dass nach der Vereinigung Deutschlands 1990 die Hoffnung der in der Bundesrepublik Herrschenden nicht aufging, dass die Genossenschaften sich mehrheitlich auflösen und ihre Mitglieder sich in privat wirtschaftende Einzelbauern rückverwandeln. Etwa ein Drittel der LPG ging 1990/91 unter, während zwei Drittel erfolgreich eine Transformation in verschiedene Formen als Gemeinschaftsunternehmen vollzogen. Auch nach der Einführung kapitalistischer Verhältnisse infolge des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik im Jahre 1990 blieb ein beträchtlicher Teil der Genossenschaften in ihren Grundstrukturen bestehen. Die Agrargenossenschaften realisieren bis heute einen beträchtlichen Teil der Wertschöpfung der ostdeutschen Landwirtschaft. Hier besteht ein grundsätzlicher Unterschied zur Struktur der westdeutschen Landwirtschaft, in der die Agrargenossenschaften keine Rolle spielen

Die Würdigung der progressiven und zukunftsfähigen Potenziale der Genossenschaften darf nicht

dazu führen, die Augen vor den auch ihnen immanenten Problemen und Widersprüchen zu verschließen. Diese beziehen sich vor allem auf weiter bestehende Interessenwidersprüche. Einmal geht es um den Widerspruch zwischen den unmittelbaren Interessen der Genossenschaftsmitglieder, einen möglichst großen Teil der Wertschöpfung für die Vergütung ihrer Arbeitsleistung, zur direkten Verbesserung ihres Lebensstandards einzusetzen, und den gemeinsamen, langfristigeren Interessen, die notwendigen Mittel für Investitionen zur Sicherung der zukünftigen Entwicklung der Genossenschaft zu verwenden. Dieser Interessenkonflikt muss vor allem durch eine offene, demokratische Diskussion in den Genossenschaften stets neu aufgelöst werden. Ein anderer Widerspruch besteht zwischen dem genossenschaftlichen Interesse an einer effizienten Produktion und der Erzielung von Gewinn auf der einen und den gesellschaftlichen Erfordernissen der Vervollkommnung der Produktionsstrukturen und der Anwendung moderner Produktionsverfahren in Übereinstimmung mit den Ernährungsbedürfnissen der Bevölkerung und mit Umwelterfordernissen auf der anderen Seite. Es gibt hierfür keine absoluten, ewig gültigen Lösungen. Vielmehr muss ständig nach den effektivsten Wegen und Instrumenten des Ausgleichs von Interessenwidersprüchen gesucht werden.

Die genossenschaftliche Eigentums- und Produktionsform ist auch nicht für alle Bereiche zweckmäßig. Sie ist vor allem der Weg, um kleine private Warenproduzenten, Kleineigentümer in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Bauwesen, im Handel für eine gemeinschaftliche Tätigkeit zu gewinnen. Sie ist aber nicht geeignet z.B. für die industrielle Großproduktion.

Exkurs II : Das Neue Ökonomische System des Sozialismus

Eine gründliche Analyse der Erfahrungen des Neuen Ökonomischen Systems des Sozialismus (NÖS) und ein offener Meinungs austausch zu den Bedingungen seiner Einführung, zu den Problemen seiner Wirksamkeit, seinen Defiziten und den Ursachen seines Abbruchs kann die internationale Diskussion über einen Sozialismus im 21. Jahrhundert fördern. Deshalb sollen im Folgenden einige hiermit verbundene Fragen kurz erörtert werden.

Anfang der sechziger Jahre wurde zunehmend deutlich, dass das administrativ-zentralistische Planungs- und Leitungssystem in der DDR, das auf dem sowjetischen Planungsmodell beruhte, nicht ausreichend in der Lage war, eine effiziente, innovative und damit auch international wettbewerbsfähige Wirtschaftsentwicklung zu gewährleisten. Ähnliche Erkenntnisse gab es auch in anderen staatssozialistischen Ländern Osteuropas. Grundprobleme waren insbesondere: (1) die

Starrheit und geringe Flexibilität der administrativen Planung und Leitung, (2) die überzogene Orientierung auf einen hohen Produktionsausstoß und die damit verbundene faktische Unterschätzung von qualitativen Ergebnissen, Kostensenkung, sparsamem Ressourceneinsatz, höherer Innovativität und Rentabilität des betrieblichen Reproduktionsprozesses, (3) eine weitgehende Missachtung eigenständiger ökonomischer Interessen der Wirtschaftseinheiten und, davon abgeleitet, geringe Handlungsspielräume und eine stark beschnittene Selbständigkeit der Betriebe.

Sie sollten die Regulierungsweise der sozialistischen Wirtschaft verändern Die administrative Leitung und Planung der gesamten Volkswirtschaft bis hinunter zu den einzelnen Betrieben sollte durch die Anwendung ökonomischer Methoden und Instrumente wesentlich ergänzt und teilweise ersetzt, zentrale Festlegungen stark reduziert und auf das unbedingt Notwendige beschränkt und Bedingungen für eine möglichst breite Entfaltung von Initiativen von unten geschaffen werden. Die Wirtschaftsreform begann 1963 mit dem VI. Parteitag der SED und der im selben Jahr veröffentlichten Richtlinie zum NÖS. Diese Beschlüsse waren darauf gerichtet, Plan und Markt mit Hilfe ökonomischer „Hebel“ stärker miteinander zu verbinden. Die hierfür angewandten ökonomischer Instrumente und Mechanismen beruhten auf einer bewussten Nutzung der Marktkategorien – Ware, Wert, Preis, Gewinn, Kredit u.a. Dazu sollte die zentrale administrative Festlegung detaillierter Produktionsauflagen für die Wirtschaftseinheiten, die Betriebe und die Vereinigungen von Betrieben (VVB) bzw. die Kombinate, reduziert und ihre wirtschaftlichen Ergebnisse vor allem nach Kriterien der Effektivität – Kosten, Gewinn, Rentabilität – bewertet werden. Zugleich sollten sie einen größeren Spielraum für eigenverantwortliches Handeln erhalten. Dies sind Voraussetzungen dafür, dass sich die ökonomischen Interessen der Betriebe äußern und auf der Grundlage eigenverantwortlicher Entscheidungen auch durchgesetzt werden können. Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die Versorgung der Bevölkerung und für den Export wichtige Produkte, Produktgruppen und Produktionskomplexe sollten nach wie vor staatliche Auflagen verbindlich festgelegt werden.

Damit traten aber auch neue komplizierte und widerspruchsvolle Probleme der Planung und Wirtschaftssteuerung auf, von denen hier zwei entscheidende genannt werden sollen, die Preisbildung und die Beziehungen zwischen betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen bzw. gesamtgesellschaftlichen Interessen.

Die Preise und die Kosten sind bestimmend für die Gewinnhöhe und damit auch wesentlich für

die ökonomischen Spielräume der Betriebe. Bei der Preisbildung zeigte sich ein wesentlicher Konflikt zwischen zwei verschiedenen Methoden der Preisbildung, einmal administrativ festgelegte Preisen, die dazu beitragen sollen, bestimmte soziale, ökologische und wirtschaftspolitische Ziele zu unterstützen, und zum anderen Marktpreise bzw. die freie Preisbildung. Nur die letztere kann darüber Auskunft geben, inwieweit die aufgewandte gesellschaftliche Arbeit auch tatsächlich unter den bestehenden realen Marktbedingungen als gesellschaftlich notwendig anerkannt und realisiert wird. Marktpreise spiegeln jedoch soziale und ökologische Erfordernisse nicht wider und können auch als Hemmnis für die Produktion und Nutzung von innovativer Erzeugnisse wirken. Deshalb wurde eine Verbindung zwischen beiden Wegen angestrebt, deren Realisierung jedoch äußerst kompliziert und auch widerspruchsvoll ist. In der DDR gab es zwar eine Preisreform. Das Problem einer einheitlichen, den objektiven Bedingungen entsprechenden Preisbildung blieb jedoch ungelöst. Dadurch blieb das wesentliche Element für die Wirksamkeit der verschiedenen ökonomischen Hebel unvollkommen. Die Preise waren von subjektiven Einschätzungen und Einflüssen abhängig. Damit enthielten Instrumente der materiellen Stimulierung, wie die Höhe der Betriebsprämien und die für die soziale und kulturelle Betreuung der Belegschaft einsetzbaren betrieblichen Fonds, aber auch der für die Modernisierung und Erweiterung der Anlagen verfügbare Gewinn ein willkürliches Element. Eine grundlegende Herausforderung für eine sozialistische Wirtschaft besteht darin, die betrieblichen Interessen mit den volkswirtschaftlichen Interessen möglichst wirksam zu verbinden. Nur dann wird die betriebswirtschaftliche Effizienz erhöht werden können, ohne dass dies auf Kosten einer bedarfs- und qualitätsgerechten Versorgung der Bevölkerung und einer zukunftsfähigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht. Dazu müssen vorwiegend ökonomische Bedingungen festgelegt werden, die gewährleisten, *dass das, was im betrieblichen Interesse liegt, auch gesamtwirtschaftlich richtig und sinnvoll* ist. Dieser Interessenausgleich ist eine Herausforderung, die nie vollständig gelöst sein wird, sondern sich ständig neu stellt. Auch diese Aufgabe konnte zur Zeit des NÖS nur unbefriedigend erfüllt werden.

Das NÖS wurde Ende der sechziger Jahre abgebrochen. Über die Gründe hierfür gab und gibt es nach wie vor Diskussionen. Der Abbruch des NÖS wurde durch das Zusammenwirken mehrerer Faktoren hervorgerufen:

- Die Auseinandersetzungen in der Führung der SED, in der eine starke Fraktion von Beginn an das NÖS skeptisch betrachtete und im Wesentlichen am alten Wirtschaftssystem

festhalten wollte. Dabei spielte die Furcht vor einer Schwächung des Machtmonopols von Partei und Staat durch eine höhere Selbständigkeit der Betriebe eine nicht geringe Rolle.

- Der hegemoniale Einfluss der UdSSR. Er führte dazu, dass keine wesentlichen Abweichungen vom sowjetischen Planungsmodell zugelassen wurden und z.B. durch die sowjetische Parteiführung ein erheblicher Druck ausgeübt wurde, das NÖS in der DDR de facto zurückzunehmen.
- Die unzureichende Ausarbeitung von Grundlagen für das NÖS, insbesondere für die Preisbildung und für Regeln zu einer Gewinnverwendung, die betriebliche Interessen mit den gesamtgesellschaftlichen Interessen verband.
- Überzogene Erwartungen über kurzfristig zu erreichende wirtschaftliche Erfolge, die im Widerspruch zu den notwendigen längerfristigen Vorbereitungs- und Überleitungszeiten standen. Dem NÖS war eine zu kurze Lebensdauer beschieden, um seine potenziellen Vorzüge zu realisieren. Dazu kamen Übertreibungen in der Struktur- und Investitionspolitik besonders in der Zeit der Einführung des NÖS, die das wirtschaftliche Gleichgewicht empfindlich störten. Durch den Abbruch des NÖS konnten vorhandene Chancen nicht genutzt werden, um Instrumente zur Verbindung der Planung mit Marktkategorien zu erproben sowie Erfahrungen für die Weiterentwicklung dieser Instrumente zu sammeln. Die mit dem NÖS in Angriff genommene Aufgabe, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu gestalten, das dazu beiträgt,
 - eine bessere Übereinstimmung zwischen volkswirtschaftlichen Erfordernissen und betrieblichen Interessen und damit zwischen volkswirtschaftlicher Rationalität und betriebswirtschaftlicher Effizienz zu erreichen,
 - die Motivation und Verantwortlichkeit der Betriebe, der Belegschaften und des Managements für innovative, effiziente und bedarfsorientierte Ergebnisse der betrieblichen Reproduktion zu erhöhen,
 - ein Regulierungssystem zu schaffen, das nicht auf einer administrativen, zentralistischen Planung beruht, sondern die gesamtwirtschaftliche Planung volkswirtschaftlich wichtiger Prozesse mit den ökonomischen Regulierungsmechanismen des Marktes verbindet, konnte nicht erfüllt werden. Sie bleibt eine Herausforderung für einen zukunftsfähigen, emanzipativen demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert. Dabei kommt der umfassenden *Anwendung wirtschaftsdemokratischer Grundsätze auf allen Ebenen*, eine Aufgabe, die bei der Konzipierung des NÖS ein unzulässiges Schattendasein führte, eine herausragende Bedeutung zu.

4. Schlussfolgerungen für eine sozialistische Perspektive im 21. Jahrhundert

Aus der Analyse der Erfahrungen, der strukturellen Schwächen und Fehlentwicklungen, aber ebenso der Leistungen des Realsozialismus ergeben sich wichtige Konsequenzen für Sozialismusvorstellungen im 21. Jahrhundert.

Es geht nicht um die Konstruktion eines neuen Sozialismusmodells, sondern um einige generelle Überlegungen und Schlussfolgerungen für Alternativen zum Kapitalismus und für eine sozialistische Perspektive im 21. Jahrhundert, die die Konsequenzen aus dem gescheiterten Realsozialismus berücksichtigen.

- *Reale Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln*, die auf der Einheit und wechselseitigen Durchdringung zweier Prozesse beruht. Einerseits auf der Erweiterung des gesellschaftlicher Eigentums in mannigfachen Formen vor allem in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft und in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Andererseits auf der Veränderung der Verfügung über das Eigentum an den Produktionsmitteln im Interesse der Bevölkerungsmehrheiten, insbesondere der Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums, zur Erfüllung der grundlegenden sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Die Entfaltung und konkrete Ausgestaltung der Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen, vom Arbeitsplatz bis zur Gesamtwirtschaft und auch auf internationaler Ebene, wird zum entscheidenden Kriterium für das Ausmaß und die Qualität der realen Verfügung der Produzenten und Konsumenten über das Eigentum.

Die Vergesellschaftung des Eigentums muss die Voraussetzungen sichern, um eine gesellschaftliche – soziale und ökologische – Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung mit einer hohen Effizienz der gesellschaftlichen Reproduktion zu verbinden. Die Potenziale des gesellschaftlichen Eigentums werden jedoch nicht im Selbstlauf realisiert. Hierzu ist es unerlässlich, bürokratische Erstarrung und Selbstzufriedenheit zu verhindern, sich ständig um eine hohe Qualität und Rationalität der Arbeit sowie demokratische Kontrolle und Einflussnahme in den öffentlichen Betrieben und Einrichtungen zu bemühen sowie die Fähigkeit des Staates zur Regulierung des öffentlichen Sektors und der gesamten Wirtschaft systematisch zu verbessern.

- Im Vergleich zum bisherigen Realsozialismus müssten die *Spielräume für eigenverantwortliches Handeln der Betriebe wesentlich erweitert* und *ihre ökonomischen Interessen an hoher*

Effizienz und an der Einhaltung sozialer und ökologischer Standards gestärkt werden. Dazu muss man die Möglichkeiten der Betriebe und Unternehmen erweitern, über einen größeren Teil des erzeugten Mehrprodukts (des Gewinns) eigenverantwortlich zu entscheiden. Es geht vor allem um Entscheidungen zum Einsatz des Mehrprodukts für eine rasche und umfassende Umsetzung von Innovationen zur Erhöhung der Effizienz der betrieblichen Reproduktion, zur besseren Befriedigung des Bedarfs der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Exports sowie für soziale Interessen der Belegschaften.

Ebenso wichtig ist die Erfahrung, dass eine wirksame, leistungsgerechte individuelle ökonomische Stimulierung der Produzenten, d.h. eine leistungsgerechte Entlohnung, für den ökonomischen und damit auch sozialen Fortschritt auf Dauer unverzichtbar ist. Auf diesem Gebiet gibt es reichhaltige Erfahrungen aus der Zeit des Realsozialismus.

Den realen ökonomischen Interessen der wirtschaftlichen Akteure muss bei der Gestaltung der Regulierungsweise der sozialistischen Wirtschaft und insbesondere der ökonomischen Beziehungen zwischen den Individuen, den Betrieben/Unternehmen, den Regionen und der gesamten Volkswirtschaft weitaus größere Beachtung geschenkt werden. Die ökonomischen Interessen der Leiter und aller Beschäftigten müssten in einer solchen Art und Weise berücksichtigt werden, dass diese in hohem Grade auf gesellschaftliche, für die Menschen nützliche und notwendige Aufgaben gerichtet werden. Dies betrifft besonders Aufgaben wie bedarfs- und qualitätsgerechte Produktion und Überwindung von Tendenzen einer Mangelwirtschaft, eine höhere Innovativität, Kostensenkung und hohe Effizienz beim Einsatz der Ressourcen, Sicherung eines hohen Mehrprodukts und seiner Verwendung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit und der Zukunftssicherung. Es geht im Kern darum, die ökonomischen Interessen und Mechanismen so zu gestalten, dass das, *was für die Gesellschaft von Nutzen ist auch tatsächlich für den Betrieb von Vorteil ist.*

Auch die Auswertung der interessanten Erfahrungen der solidarischen Ökonomie, insbesondere der in eigene Verantwortung der Belegschaft übernommenen Betriebe in mehreren lateinamerikanischen Ländern, wird zu neuen Erkenntnissen für die Gestaltung einer alternativen, nichtkapitalistischen Ökonomie beitragen.

- Die *gesellschaftliche Planung/Regulierung* muss vielfältigen Anforderungen gerecht werden. Die Prozesse auf jeder einzelnen Ebene müssen rationell und nachhaltig gestaltet werden. Das bedeutet vor allem: (1) wirksame Förderung der *Individuen* und ihrer Arbeitsmotiva-

tion, Schaffung der gesellschaftlichen Voraussetzungen, um Zukunftsängste und Tendenzen sozialer Unsicherheit zu überwinden und ein erfülltes, glückliches Leben zu führen, Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten, ständige Qualifizierung und Nutzung des Qualifikationspotenzials; (2) effiziente, innovative und bedarfsgerechte Gestaltung der *betrieblichen Reproduktionsprozesse (Betriebswirtschaft) und der regionalen Wertschöpfungsketten*; (3) hohe *volkswirtschaftliche, makroökonomische* Rationalität; (4) rationelle und solidarische *internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit*.

- Gegenüber dem Realsozialismus sind *tiefgreifende Veränderungen in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft notwendig*. Es geht dabei weniger um Schritte in Richtung eines zukünftigen Absterbens des Staates, sondern im Kern um die „Rücknahme des Staates in die Gesellschaft“, die den Überlegungen von Karl Marx in Auswertung der Erfahrungen der Pariser Kommune zugrunde liegt. Darin besteht auch der Kern eines nicht etatistischen Konzepts für Rolle und Funktionen des Staates in einer sozialistischen Gesellschaft. Das verlangt vor allem: umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, konsequente Verwirklichung der Freiheitsrechte und Zurückdrängung repressiver staatlichen Funktionen, Entwicklung der Zivilgesellschaft mit einer veränderten Arbeitsteilung zwischen ihr und dem Staat, eine höhere kollektive Selbstorganisation der Menschen und eine darauf beruhende sukzessive Übernahme staatlicher Aufgaben durch die Zivilgesellschaft. Der Staat wird auch in einer sozialistischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts unverzichtbar sein und wichtige Aufgaben wahrnehmen. Mit den erwähnten Prozessen muss sich aber sukzessive der Inhalt und die Qualität der Machtfunktion des Staates verändern, seine „Allmacht“ kann zurückgedrängt werden, während die Zivilgesellschaft, darunter insbesondere auch die vielfältigen sozialen Bewegungen, eine weit größere Bedeutung als in allen bisherigen Gesellschaften erhalten.

- Aus der Produktivkraftrevolution, den zunehmenden internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen und den die Zukunft der Menschheit bestimmenden globalen Problemen ergeben sich weitgehende *Konsequenzen für die Herausbildung einer solidarischen, gleichberechtigten, auf gegenseitige Zusammenarbeit und Unterstützung gerichteten internationalen Arbeitsteilung sowie einer qualitativ neuen Weltwirtschaftsordnung*. Im Zuge der verstärkten Herausbildung regionaler wirtschaftlicher Zusammenschlüsse mehrerer Staaten werden sich auch die Rolle und die Funktionen der Nationalstaaten auf der einen und der regionalen Zusammenschlüsse auf der

anderen Seite verändern bzw. verschieben – wichtige Aufgaben werden voraussichtlich von den Nationalstaaten auf die internationalen Zusammenschlüsse verlagert.

Wie die Erfahrungen der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen des RGW im vergangenen Jahrhundert und auch die Probleme gegenwärtiger regionaler Zusammenschlüsse mehrerer lateinamerikanischer Länder (Mercosur, ALBA, Banco del Sur) zeigen, handelt es sich hier um einen komplizierten und widerspruchsvollen Prozess, in dem ein Ausgleich zwischen nationalen und gemeinsamen Interessen schrittweise angestrebt und die Dominanz der ökonomisch und politisch stärkeren Staaten verhindert werden muss.

Aus diesen Überlegungen, aus der Analyse der Konflikte, Widersprüche und Krisen des gegenwärtigen Kapitalismus und der im Realsozialismus ungelösten Probleme können wichtige Zielvorstellung und Anforderungen begründet werden, denen ein demokratischer Sozialismus und ein sozialistischer Transformationsprozess gerecht werden müssen.

Emanzipative, selbstbestimmte Entwicklungsmöglichkeiten für alle, umfassende Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und Freiheit, sozialer Gleichheit und Sicherheit, von Gleichstellung und Solidarität sowie Umsetzung ökologischer Erfordernisse. Die Probleme, die mit der Schaffung eines Systems sozialer Sicherheit verbunden sind, das nachhaltig (zukunftsfähig) ist, müssen einen herausragenden Platz in Vorstellungen für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert erhalten. Das gilt besonders angesichts der Erosion des Sozialstaats im gegenwärtigen Kapitalismus, der neuen Herausforderungen an ihn infolge der Veränderungen in der Erwerbsarbeit, der demografischen Entwicklung und eines tendenziell geringeren Wirtschaftswachstums. Zur sozialen Sicherheit heute gehören auch unbedingt Schritte zu einer bedarfsorientierten, repressionsfreien sozialen Grundsicherung, die die Menschenwürde bewahrt.

Qualitative Merkmale eines modernen Sozialismus im 21. Jahrhundert, durch die er sich vom gescheiterten Realsozialismus des vergangenen Jahrhunderts unterscheidet:

Erstens. Er wird sich in der *Art und Weise seiner voraussichtlichen Herausbildung – Ergebnis eines längeren demokratischen Transformationsprozesses aus der kapitalistischen Gesellschaft heraus* – wesentlich von der Art und Weise der bisherigen Entstehung der realsozialistischen Länder im 20. Jahrhundert unterscheiden – Ergebnis einer politischen Revolution (Sowjetunion), der Befreiung vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee, längerer bewaffneter Befreiungskämpfe (China, Vietnam, Kuba). Ohne heute schon endgültige Urteile abzugeben, sollte davon ausgegangen werden, dass sich im letzten Drittel des 20. und im 21. Jahrhundert die Bedingungen

entscheidend verändert haben. Sie sprechen insgesamt gegen einen gewaltsamen, bewaffneten politischen Umsturz als Voraussetzung für den Sozialismus und für einen längeren Transformationsprozess, der mit Veränderungen im Kapitalismus beginnt. Im Rahmen einer solchen längeren Transformation werden voraussichtlich Einstiegsprojekte bzw. Übergangsforderungen einer alternativen Entwicklung eine wichtige Rolle spielen.

Der Transformationsprozess zum Sozialismus wird sich im 21. Jahrhundert voraussichtlich auch darin wesentlich vom vergangenen Jahrhundert unterscheiden, dass er sich stärker *im Rahmen gemeinsamer Kämpfe mehrerer regional benachbarter oder politisch, ökonomisch, kulturell und historisch eng verflochtener Länder vollziehen wird*. Ein Beispiel hierfür könnte Lateinamerika werden.

In der EU wird es aus mehreren Gründen für ein einzelnes Land kaum möglich sein, entscheidende Schritte einer sozialistischen Transformation zu gehen. Das heißt natürlich nicht, dass es sich um einen einheitlichen Prozess in allen EU-Ländern handeln wird. Vielmehr wird es dabei, soweit es überhaupt zu einer solchen sozialistischen Transformation kommt, unterschiedliche Tempi und spezifische Schritte auf diesem Weg geben. Gemeinsame Maßnahmen sind vor allem unverzichtbar, um die Macht des Groß- und Finanzkapitals, insbesondere der *global players*, einzuschränken und der Deregulierung der internationalen Finanz- und Kapitalmärkte entgegenzuwirken. Die Kritik der Linken am Lissabonner Reformvertrag der EU, an seinen Demokratiedefiziten, der einseitigen Wettbewerbs- und Marktorientierung, der unzureichenden Verankerung sozialer Grundstandards und der Stärkung der militärischen Potenziale der EU zeigt deutlich, welche Veränderungen notwendig sind, um die bedeutsamen Potenziale der europäischen Integration für soziale, ökologische, demokratische und friedenspolitische Fortschritte zu nutzen.

Für einen Transformationsprozess zu einer nichtkapitalistischen Alternative gewinnen die Diskussionen über mögliche erste Schritte einer die Grenzen des Kapitalismus überschreitenden Alternative an Bedeutung. Solche Schritte könnten u. a. sein:

Der Ausbau und die Erweiterung des Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung, die Erweiterung des öffentlichen Eigentums, darunter Verstaatlichung der großen Banken und wirksame demokratische Regulierung und Kontrolle ihrer Tätigkeit, Herausbildung eines zukunftsfähigen Sozialstaates entsprechend den veränderten Bedingungen des 21. Jahr-

hunderts, Verbesserung der Zugangsbedingungen aller Menschen zur Bildung, Gesundheit und Kultur, Förderung der Ansätze einer Solidarischen Ökonomie.

Dabei spielen, wie die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in Venezuela, Bolivien und Ecuador zeigen, Veränderungen der bestehenden Verfassungsordnungen eine Schlüsselrolle, um erweiterte Spielräume für ökonomische und soziale Reformen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu schaffen..

Das Grundgesetz der Bundesrepublik enthält im Artikel 15 Möglichkeiten für die Überführung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft in öffentliches Eigentum: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Die Herausbildung des gesellschaftlichen Eigentums wirft eine Vielzahl noch weiter zu analysierender und zu diskutierender Fragen auch juristischer Art auf, u.a.: Welche Rolle spielen Entschädigungen bei der Überführung großkapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches Eigentum, Kriterien für die Höhe der Entschädigungen, Rolle gemischter Eigentumsformen (öffentlich/privat), Instrumente zur Stärkung demokratischer Einflussnahme und Kontrolle. Dabei müssen Fragen der Entschädigung angesichts der Milliardenverluste, die von den großen Banken und vielen Konzernen durch Spekulation und Missmanagement verursacht wurden, in deren Folge Gesellschaft und Staat um gewaltige Werte enteignet wurden, heute und in Zukunft anders gestellt werden. Die staatlichen Beihilfen müssen überall dort, wo dies für die Wahrnehmung von Gemeinwohlinteressen sinnvoll ist, zu dauerhaften staatlichen Beteiligungen werden, die auch Grundlage sind für eine Beteiligung der öffentlichen Hand an den Ergebnissen der Wirtschaftstätigkeit sowie für eine wirksame demokratische Einflussnahme auf wichtige Entscheidungen.

Projekte einer solidarischen Ökonomie könnten in Zukunft, wie praktische Erfahrungen vor allem in Ländern Lateinamerikas zeigen, eine wichtige Rolle im Überlebenskampf spielen, insbesondere als Selbsthilfeprojekte für Menschen in prekären Verhältnissen. Dabei gilt es ihren ambivalenten Charakter zu beachten. Sie sind einerseits größtenteils Formen der Selbstverwaltung, der partizipativen Teilnahme aller Mitglieder an der Regelung der Probleme, des solidarischen Wirtschaftens nach gemeinwirtschaftlichen Prinzipien, der Erhaltung und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Andererseits sind sie durch den Druck der Massenarbeitslosigkeit als Bestandteile des informellen Sektors häufig auch durch prekäre, wenig emanzipatorische Arbeitsverhältnisse und kaum existenzsichernde Einkommen gekennzeichnet. Die Entfaltung ihrer transforma-

torischen Potenziale hängt in hohem Grade davon ab, wie es gelingt, sie mit alternativer Wirtschaftspolitik in den Staaten und den regionalen Wirtschaftszusammenschlüssen zu verbinden.

Die Entwicklung der solidarischen Ökonomie stößt auf zunehmendes öffentliches Interesse. Zuweilen werden die Produktivgenossenschaften als perspektivisch wichtige Bestandteile alternativer Ökonomie unterschätzt oder gar nicht berücksichtigt. Die Auswertung der Erfahrungen der LPG (Vgl. Abschnitt 3) und der Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) in der DDR und in anderen realsozialistischen Ländern sollte dazu beitragen, das transformatorische Potenzial von Genossenschaften und anderen Projekten der Selbsthilfe und Selbstorganisation für eine sozialistische Transformation zu nutzen.

Wesentliche Veränderungen wird es auch in den gesellschaftlichen Kräften, bei den Subjekten geben, die Träger eines sozialistischen Transformationsprozesses sind bzw. sein könnten. Ihre Vielfalt und Differenziertheit wird zunehmen. Damit werden sich auch die Anforderungen an die Breite und Dynamik eines antineoliberalen, auf die Herausforderungen der Zukunft gerichteten Bündnisses verschiedener gesellschaftlicher Kräfte für eine sozialistische Transformation erhöhen.

Die Überwindung des kapitalistischen Systems und die Herausbildung eines neuen Systems des Demokratischen Sozialismus trägt im doppelten Sinne *Prozesscharakter*. *Einerseits als Transformationsprozess*, der im heutigen Kapitalismus beginnt, indem in möglichst breiten Bündnissen der Betroffenen und Interessierten zu den brennendsten Fragen Wege zur Problemlösung gesucht, ausgearbeitet werden und um ihre Durchsetzung gekämpft wird. Solche Lösungen, die schon in Ansätzen über das kapitalistische System hinausweisen können, machen auf Grund objektiver Verflechtungen Veränderungen auf anderen Gebieten notwendig. *Andererseits als Erkenntnisprozess* der an diesen Veränderungen Beteiligten, einer tieferen Einsicht in den Inhalt von realen Reformen und die Bedingungen für möglichst breite Bündnisse zu ihrer Verwirklichung.

Zweitens. Es geht nicht nur um qualitative Unterschiede bei der Herausbildung eines demokratischen Sozialismus, sondern ebenso um eine andere, *neue Qualität seiner Entwicklung, der Entfaltung seiner Wesenszüge*. Dabei genügt es natürlich nicht, alle erstrebens- oder wünschenswerten Zielvorstellungen und Eigenschaften einer künftigen Systemalternative zum real existierenden Kapitalismus aufzuzählen. Es muss auch deutlich werden, wie diese erreicht werden können, wie vorhandene oder neu auftretende Widersprüche zu lösen sind. Ein schönes sozialistisches Wunschbild hilft wenig.

Ein gesellschaftliches Projekt für einen demokratischen Sozialismus muss eine realitätstaugliche Vorstellung enthalten, das den Bedürfnissen der hier und heute lebenden Menschen gerecht wird und auf die Durchsetzung von Veränderungen im heutigen Kapitalismus im Interesse der Menschen gerichtet ist. Übergangsforderungen sollten so ausgearbeitet werden, dass sie zugleich den Interessen der heute Lebenden entsprechen und Entscheidungs- und Beeinflussungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen auf ihr Leben nicht unnötig oder unzulässig einschränken. Es muss auch ein Konzept sein, das von den Menschen mit ihren Widersprüchen und unterschiedlichen Interessen verwirklicht werden kann und nicht die Herausbildung eines „neuen Menschen“ voraussetzt.

Den Triebkräften einer sozialistischen Entwicklung kommt in den weiteren Diskussionen zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts eine Schlüsselrolle zu: Wie und inwieweit wird es gelingen, im Sozialismus Triebkräfte herauszubilden, die für die Verwirklichung des Ziels der sozialistischen Produktion ebenso kräftig wirken, wie die Triebkräfte im Kapitalismus für die Verwirklichung seines Ziels, den höchst möglichen Profit. Diese Grundfrage einer sozialistischen Systemalternative ist bisher noch nicht hinreichend beantwortet. Das gilt nicht nur in praktischer, sondern auch in theoretischer Hinsicht.

Der Profit, das Ergebnis der Kapitalverwertung, ist nicht nur das Ziel kapitalistischer Produktion, sondern wirkt zugleich als äußerst starke Triebkraft, um dieses Ziel immer umfassender zu erreichen. Im *Kapitalismus stimmen Ziel (höchstmögliche Profite) und wesentliche hierfür notwendige Triebkräfte – das Streben nach maximaler Kapitalverwertung und die Konkurrenz – unmittelbar überein*. Daraus folgt ein starker ökonomischer Druck auf Innovationen, auf Erhöhung von Produktivität und Effizienz der Produktion. Diese unmittelbare Übereinstimmung zwischen Ziel und Triebkraft hat aber auch eine andere, letzten Endes bestimmende und vorwiegend negative Kehrseite: das Ziel der Produktion ist sehr selektiv. Es ist nur auf die Rendite der Kapitaleigentümer gerichtet. Interessen der Bevölkerungsmehrheit, insbesondere der Lohnarbeiter, werden nur im Ergebnis von politischen und sozialen Auseinandersetzungen gegen das Kapitalinteresse durchgesetzt. So ist für die gegenwärtige Entwicklung in der Bundesrepublik typisch, dass die Profite sprunghaft ansteigen, während gleichzeitig die Reallöhne und realen Sozialleistungen stagnieren oder reduziert werden und Armut sich ausweitet. Entsprechend dem Wesen der Kapitalverwertung ist es irrelevant, wie, auf welchen Wegen und mit welchen Konsequenzen die Renditen erhöht werden. Dies bedeutet vor allem: rücksichtslose Ausbeutung

von Mensch und Natur – Massenarbeitslosigkeit, gesundheitsschädigende Erhöhung der Arbeitsintensität, Zerstörung der natürlichen Umwelt. Innovationen, bessere Gebrauchswerte entstehen nur soweit, wie sie zur Steigerung der Profite beitragen, daher auch die vielen Scheininnovationen und der zwanghafte, kurzfristige Ersatz von Konsumgütern durch neue Modelle und die Orientierung nur auf einzelwirtschaftliche Effizienz ohne Rücksicht auf die häufig negativen sozialen, ökologischen und gesamtwirtschaftlichen Folgen.

Die dem Kapitalismus immanente Einseitigkeit der Ziel-Mittel-Relation spitzt sich im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus und infolge der neoliberalen Politik weiter zu. Sie wird in der zunehmenden Polarisierung der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und in einem höheren Grad sozialer Ungerechtigkeit, in der massiven Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie in der bedrohlichen Verschärfung der Umweltkrise deutlich. Finanzmarktgetriebene Unternehmensstrategien setzen im Innern weniger auf höhere Profite durch Effizienzsteigerung mit Hilfe von Innovationen als auf Kostensenkung mittels Entlassungen und Lohndruck. Die spekulative Loslösung des Finanzkapitals von der Realwirtschaft führt mit der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise im globalen Maßstab zu astronomischen Wertverlusten und zum rasanten Anstieg der Massenarbeitslosigkeit. Die ungerechte Weltwirtschaftsordnung, die eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung der meisten „Entwicklungsländer“ verhindert und die Nord-Süd-Polarisierung weiter verschärft, wird aufrechterhalten.

Aus all dem resultiert eine Tendenz, dass im heutigen Kapitalismus die progressiven Wirkungen des Profitstrebens auf die Produktivkraftentwicklung, auf Effizienz und Produktivität erodieren. Gleichzeitig nehmen die für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, der Arbeit und der Natur zerstörerischen Wirkungen zu, verhindern eine selbstbestimmte ökonomische und soziale Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt und gefährden die Zukunft der Menschheit..

In einer auf gesellschaftlichem Eigentum beruhenden sozialistischen Wirtschaft fehlt, wie auch die Erfahrungen im Realsozialismus gezeigt haben, eine solche unmittelbare Übereinstimmung zwischen dem Ziel der sozialistischen Produktion – Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen und ihre emanzipative, freie Entwicklung, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit – und der Triebkraft der ökonomischen Entwicklung – den Interessen der Produzenten und Wirtschaftssubjekte an der hierfür erforderlichen hohen Innovativität und Effizienz der Produktion. Aus den sozialistischen Eigentumsverhältnissen erwächst im Vergleich zum Kapitalismus unmittelbar kein analoger Stimulus oder Druck zur Steigerung von Effizienz und Produktivität.

Daher ist die Herstellung und ständige Verbesserung solcher Beziehungen zwischen Ziel und Triebkräften des Sozialismus, die eine kräftige und wirkungsvolle Steigerung der Effizienz und Produktivität stimulieren, eine ständige Herausforderung an größere kreative Anstrengungen und Überlegungen zur Entwicklung der hierfür erforderlichen Motivation und Regulierung. Dabei geht es vor allem darum, die individuellen Interessen der Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums sowie die ökonomischen Interessen der Betriebe und Unternehmen, in denen die Wertschöpfung erfolgt, besser zu berücksichtigen. Das bedeutet insbesondere: wirksamere individuelle und gemeinschaftliche Stimuli für eine effiziente, bedarfsgerechte und zugleich umweltgerechte Wertschöpfung, größere Spielräume für eigenverantwortliches Handeln und Gestaltung der hierfür adäquaten Regulierungsmechanismen. Diese für den Sozialismus spezifische Anforderung an die Gestaltung der Triebkräfte ergibt sich vor allem aus dem umfassenden und komplexen Ziel der sozialistischen Produktion.

Auf dem Weg zu einer erfolgreichen Systemalternative zum Kapitalismus müssen wir die Problematik sozialistischer Triebkräfte tiefer untersuchen und weiter diskutieren.

Die grundlegende, bisher noch nirgends (weder in den ehemals realsozialistischen Ländern Europas noch in China, Vietnam oder Kuba) befriedigend realisierte Herausforderung besteht darin, gleichzeitig zwei für die perspektivische Lebensfähigkeit des Sozialismus entscheidende Aufgaben zu erfüllen: einerseits ein hohes ökonomisches Interesse der Erwerbstätigen und der Wirtschaftssubjekte (der Unternehmen) an hoher Effizienz, einem großen Mehrprodukt, guter Qualität und Bedarfsgerechtigkeit der Produktion (im umfassenden Sinne – einschließlich der Dienstleistungen) zu sichern; dieses Interesse andererseits mit der ständigen Verwirklichung der Ziele und Wertvorstellungen einer sozialistischen Gesellschaft zu verbinden. Es kommt darauf an, eine hohe Produktivität zu erreichen, und diese sowohl für gesellschaftliche Aufgaben (das Gemeinwohl) als auch für die Individualitätentfaltung – Arbeitszeitverkürzung, interessante, selbstbestimmte, die Entfremdung überwindende Arbeit, bessere Bedürfnisbefriedigung – umfassend wirksam zu machen.

Drittens. Eine *neue Qualität der internationalen Beziehungen* auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Souveränität aller Staaten, zunehmend solidarischer Beziehungen bei der Lösung globaler, regionaler und nationaler Probleme sowie einer auf gegenseitigem Vorteil beruhenden internationalen Arbeitsteilung und Kooperation. Eine solche neue Qualität internationaler Beziehungen kann die Integrationsprozesse verschiedener Staaten im Rahmen größerer

regionaler Komplexe fördern und wird zugleich wesentlich auf diesen beruhen. Soziale und ökologischen Standards sollten zunehmend im Rahmen solcher regionaler Zusammenschlüsse Gültigkeit erlangen.

Viertens. Die Vorstellungen vom Sozialismus sowie auch die realen Prozesse einer sozialistischen Transformation müssen einen *hohen Grad der Offenheit und Pluralität* aufweisen. Dabei geht es um mehrere Dimensionen.

(1) Zu vielen Fragen über einen zukünftigen Sozialismus und die Wege dorthin gibt es unter den Linken noch beträchtliche Meinungsverschiedenheiten. Diese betreffen Fragen wie:

die konkrete Ausgestaltung der Eigentumsverhältnisse, die Rolle der verschiedenen Eigentumsformen, einschließlich des Privateigentums, in einer sozialistischen Gesellschaft; Rolle von Warenproduktion und Markt im Sozialismus, z.B. kann es eine sozialistische Marktwirtschaft geben? wie müssten die Beziehungen zwischen Markt- und gesellschaftlicher Regulierung gestaltet werden? Umfang, Art und Weise der Planung/Regulierung im Sozialismus; Vollbeschäftigung im Sozialismus; Rolle und Entwicklungstendenz des Staates in einer sozialistischen Gesellschaft, Subjekte sozialistischer Transformationsprozesse.

Viele Fragen werden nur in einem widerspruchsvollen Lernprozess in der Praxis zu beantworten sein, der den Erfahrungsschatz bereichern, zu neuen Einsichten und Erkenntnissen führen und auch Korrekturen an bisherigen Vorstellungen und Lösungswegen erfordern wird.

(2) Eine sozialistische Transformation in einem Land oder in einer größeren Region (Europa, Lateinamerika, Afrika u.a.) wird in hohem Grade von historischen und kulturellen Traditionen, dem erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte, den wirtschaftlichen Strukturen und Eigentumsverhältnissen, den natürlichen Ressourcen und anderen regionalen Besonderheiten beeinflusst werden. Daher wird es auch nicht *den* Sozialismus des 21. Jahrhunderts geben. *Die Differenziertheit der zukünftigen Sozialismusvarianten* – europäische, lateinamerikanische, nordamerikanische, afrikanische, asiatische, sowie auch innerhalb dieser Großregionen – *wird wahrscheinlich größer sein als die beträchtliche Differenziertheit des gegenwärtigen Kapitalismus* zwischen verschiedenen Ländergruppen oder Ländern.

(3) Sozialistischen Transformationsprozesse, ebenso wie die weitere Entwicklung eines Sozialismus auf seiner eigenen Grundlage *müssen offen sein für neue Erkenntnisse und Erfahrungen die bei der Lösung der Probleme entstehen*, darunter auch für Erfahrungen anderer Länder. Die Analyse der Erfahrungen Chinas kann z. B. im Zusammenhang mit den Diskussionen über eine sozialistische Marktwirtschaft eine wichtige Rolle spielen. Es darf keine Tabus und unumstößliche Dogmen geben. Diese Offenheit ist eng verknüpft mit der Fähigkeit, die eigene Entwicklung kritisch zu analysieren, die Ergebnisse auch öffentlich transparent auszuwerten sowie daraus in einem öffentlichen Diskurs notwendige Schlussfolgerungen einschließlich Korrekturen bisheriger Entwicklungen abzuleiten. Dies kann als ein ständiger Such- und Lernprozess verstanden werden.

Fünftens. Für die großen gesellschaftlichen Probleme, die mit einer sozialistischen Alternative auf der Tagesordnung stehen, gibt es keine zeitlosen, von den konkreten Bedingungen in Raum und Zeit unabhängigen, keine einfachen und auch keine konflikt- und widerspruchsfreien Lösungen. Sozialistische Transformation verlangt daher ständige kreative Anstrengungen und offene Diskurse zu den zweckmäßigsten Richtungen und Schritten, um die sozialistischen Ziel- und Wertvorstellungen entsprechend den sich verändernden konkreten Bedingungen stets neu zu bestimmen.

Abschließend komme ich zur Ausgangsthese über die notwendige Analyse der Erfahrungen des Realsozialismus mit den Worten von Johan Galtung zurück: „Kenne die Geschichte, oder du bist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“

Zitierte Literatur:

Altwater, Elmar/Sekler, Nicola (Hrsg.) (2006), Solidarische Ökonomie, Reader im Auftrage des Wissenschaftlichen Beirats von attac, Hamburg

Castro, Fidel (2006), Rede zur Festveranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages seiner Aufnahme in die Universität, am 17. November 2005 in der Aula Magna der Universität Havanna, in: Heinz Dieterich (Hrsg.), Kuba – nach Fidel. Kann die Revolution überleben? Berlin

Deutsche Bundesbank (1999), Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt am Main

Dieterich, Heinz/Modrow Hans/Steinitz, Klaus (Hrsg.), (2007) Sozialismus im 21. Jahrhundert, Berlin, Beiträge von Bischoff, Dieterich, Steinitz

Klein, Dieter (2008) Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weiter geht, Berlin

Liberam, Ekkehard (2007), Sozialismuserfahrungen und zeitgemäße Sozialismuskonzeptionen – Sechs vorläufige Thesen, Beitrag zur Konferenz MarXXIsmus für das 21. Jahrhundert,

Marx Engels Werke (1959), Band 3, Berlin

Müller, Horst (2007), Alternativkonzepte der politischen Ökonomie – Sozialismus im 21.

Jahrhundert, in: Müller, Horst (Hrsg.), Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Kritik, Analytik, Alternativen, Norderstedt

Neubert, Harald (Hrsg.) (1991): Antonio Gramsci – vergessener Humanist. Eine Anthologie 1917-1936, Berlin

Pankower Vorträge (2000) Eine spannende Periode in der Wirtschaftsgeschichte der DDR, Entstehen und Abbruch des Neuen Ökonomischen Systems in den sechziger Jahren, Beiträge eines Workshops, Pankower Vorträge, Heft 23/1 und 23/2, Helle Panke e.V., Berlin

Pankower Vorträge (2007) Jahn, Wolfgang , Probleme und Erfahrungen der Genossenschaftsbewegung in der Landwirtschaft der DDR und den neuen Bundesländern, in: Solidarische Ökonomie und alternative Wirtschaftspolitik, Grundsätze – Landwirtschaftliche Genossenschaften – Erfahrungen und Beispiele in Lateinamerika, Heft 105, Helle Panke e.V., Berlin

Pankower Vorträge (2007) Solidarische Ökonomie und alternative Wirtschaftspolitik, Grundsätze – Landwirtschaftliche Genossenschaften – Erfahrungen und Beispiele in Lateinamerika, Heft 105, Helle Panke e.V., Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Institut für Gesellschaftsanalyse (2009), Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke, kontrovers 01/2009, Berlin

Schütrumpf, Jörn (Hrsg.) (2006) Rosa Luxemburg oder: Der Preis der Freiheit, Berlin

Steinitz, Klaus (2007) Das Scheitern des Realsozialismus. Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert, Hamburg